

10 Subjektive Prekaritätswahrnehmung: Soziale Ursachen und Folgen

ANDREA HENSE

Prekarität bezieht sich auf *gefährdete* Teilhabe und damit auf eine Situation, in der die sozioökonomische Teilhabe nicht (mehr) gewährleistet ist bzw. als unsicher wahrgenommen wird. Die subjektive Wahrnehmung von Prekarität ist daher zum einen durch die Unsicherheit über zukünftige Entwicklungen und zum anderen durch die Sorge um drohende Verluste charakterisiert. Neben dem wissenschaftlichen Diskurs über prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sich in den letzten 20 Jahren in den Industriestaaten entwickelt hat, zeugen der Eingang des Prekaritätsbegriffs in den alltäglichen Sprachgebrauch sowie mediale, arbeits- und sozialpolitische Diskurse von der zeitdiagnostischen und lebensweltlichen Relevanz der Untersuchung prekärer Lebensbedingungen. In der gesellschaftlichen Selbstwahrnehmung werden primär gesellschaftliche Spaltungstendenzen und die Zunahme von Prekaritätsrisiken für bislang abgesicherte Bevölkerungs- oder Beschäftigungsgruppen (z. B. Mittelschichten, Stammebelegschaften) problematisiert. Im lebensweltlichen Kontext spielen vornehmlich Sorgen eine Rolle, die sich auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die eigene wirtschaftliche Situation oder die eigene soziale Absicherung richten. Diese Wahrnehmung der eigenen Prekarität steht im Fokus des vorliegenden Kapitels. Dabei erfolgt eine Konzentration auf die Untersuchung von Ursachen und Folgen selbst wahrgenommener Beschäftigungs- und Einkommensprekarität.

Die Prekaritätsforschung hat die Gefährdung der Erwerbsbeteiligung und der materiellen Teilhabe primär anhand objektiver Indikatoren analysiert. Diese untersuchen strukturelle Risiken sozioökonomischer Teilhabe und liefern so zentrale Hinweise auf Prekaritätspotenziale, die beispielsweise mit verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung oder sozialstaatlichen Veränderungen wie den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz-Gesetzgebung“) verbunden sind. Für die sozioökonomische Berichterstattung ist jedoch zusätzlich von Interesse, ob die Gefährdung der gesellschaftlichen Teilhabe von der Bevölkerung auch subjektiv wahr-

genommen wird, wodurch diese subjektive Interpretation hervorgerufen wird und ob diese Wahrnehmung zu veränderten Verhaltensweisen führt. Dies kann mit objektiven Indikatoren nicht beantwortet werden, sodass die zusätzliche Verwendung subjektiver Indikatoren notwendig ist. In Ergänzung zu anderen Untersuchungen, welche Prekarität an strukturellen Indikatoren festmachen, stützen sich die nachfolgenden Analysen daher auf die subjektive Wahrnehmung von Prekarität, ihre sozialen Ursachen und ihre Folgewirkungen auf soziale Nahbeziehungen.

In diesem Kapitel werden drei Fragen aufgeworfen:

1. Wie verbreitet und wie ausgeprägt ist die Selbstwahrnehmung von Prekarität in West- und Ostdeutschland, und welche Entwicklung ist für die Wahrnehmung von Einkommens- und Beschäftigungsprekarität seit Mitte der 1980er Jahre zu beobachten?
2. Welche Einflussfaktoren erklären, welche Personengruppen sich mehr oder weniger prekär wahrnehmen?
3. Welche Folgen hat die Prekaritätswahrnehmung für die Individuen und ihre sozialen Beziehungen?

Abschnitt 1 befasst sich zunächst mit den Veränderungen der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und Prekaritätsrisiken, die der individuellen Wahrnehmung der eigenen sozioökonomischen Teilhabe zugrunde liegen. Die selbst eingeschätzten Risiken von materiellen und Erwerbsverlusten stehen im Zentrum der daran anschließenden Ausführungen. Dabei wird auf die erste Frage Bezug genommen und verdeutlicht, in welchem Ausmaß die deutsche Bevölkerung eine Gefährdung ihrer Erwerbsbeteiligung und materiellen Teilhabe wahrnimmt und inwiefern sich im Zeitverlauf Veränderungen ergeben, die eine Zu- oder Abnahme der Prekaritätswahrnehmung erkennen lassen. Abschnitt 2 widmet sich darauf aufbauend den Ursachen der subjektiven Prekaritätswahrnehmung. Es wird ein detaillierter Blick auf individuelle und kontextuelle Faktoren geworfen, die erklären, wodurch die Prekaritätswahrnehmung erhöht oder verringert wird und wer infolgedessen seine materielle und Erwerbsteilhabe als prekär einschätzt. Abschnitt 3 berichtet schließlich von den Folgen der subjektiven Prekaritätswahrnehmung für die Familiengründung, die Ehedauer, den Zusammenzug und die Heirat mit dem Partner bzw. der Partnerin. Auf diese Weise wird untersucht, inwiefern die Wahrnehmung einer prekären materiellen und Erwerbsteilhabe zu einer weiteren Gefährdung der Teilhabe an sozialen Nahbeziehungen führt.

1 Die subjektive Wahrnehmung einer gefährdeten sozioökonomischen Teilhabe

Die Bewertung der eigenen sozioökonomischen Teilhabe ist nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten (vgl. Kapitel 1) und den institutionalisierten Mechanismen, die innerhalb einer Gesellschaft materielle Teilhabe und Erwerbsbeteiligung erzeugen (vgl. Kapitel 2 und 3). Diese gesellschaftlichen Rahmenbedingun-

gen begrenzen die individuellen Teilhabemöglichkeiten, die den Gesellschaftsmitgliedern in unterschiedlichem Maße offenstehen. Daher wird nachfolgend zunächst auf gesellschaftliche Veränderungen eingegangen, die für die subjektive Wahrnehmung der eigenen Teilhabemöglichkeiten relevant sind. Daran anschließend werden das Ausmaß und die Entwicklung der selbst wahrgenommenen Beschäftigungs- und Einkommensprekarität getrennt für West- und Ostdeutschland dargestellt. Dies verdeutlicht, inwiefern in der Bevölkerung Teilhabeprobleme artikuliert werden und welche Unterschiede im Zeitverlauf zu beobachten sind.

1.1 Wandel gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten und Prekaritätspotenziale

Für die Wahrnehmung von Beschäftigungs- und Einkommensprekarität sind alle fünf Teilhabemechanismen relevant, die im Rahmen dieses Berichtes untersucht werden (vgl. Kapitel 2). Im Fokus der Analysen, die zur Prekaritätswahrnehmung publiziert wurden, stehen aber vor allem Veränderungen, die sich auf den Arbeitsmarkt und den Wohlfahrtsstaat und folglich auf die Teilhabemechanismen „Erwerbsarbeit“ und „Rechte“ beziehen. Während der Teilhabemechanismus „Erwerbsarbeit“ für eine marktförmige Verteilung von Einkommen, Bezugsrechten und nichtmonetären Gütern zuständig ist, sind „Rechte“ zum einen für eine wohlfahrtsstaatliche Umverteilung von Einkommen und die Bereitstellung öffentlicher Güter verantwortlich. Zum anderen sorgen soziale Schutzrechte und soziale Sicherungssysteme für eine Verringerung der Marktabhängigkeit (Dekommodifizierung) von Erwerbspersonen. Durch den Wandel dieser gesellschaftlichen Teilhabemechanismen haben sich die Prekaritätspotenziale für die individuelle sozioökonomische Teilhabe sowohl im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung (Beschäftigungsprekarität) als auch im Hinblick auf die materielle Teilhabe (Einkommensprekarität) erhöht (vgl. z. B. Hense 2017; Kalleberg 2009; Damitz 2007; Castel 2000).

Änderungen der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung haben insbesondere seit den 1990er Jahren zu einer Reduktion der sozialstaatlichen Dekommodifizierung geführt, die sich in Westdeutschland seit Mitte der 1980er Jahre sukzessive abgezeichnet und in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung abrupt vollzogen hat (vgl. Hense 2017; Lampert/Althammer 2007; Schmidt 2005; Butterwegge 2005, 1999; Lessenich 2008; Lessenich/Möhring-Hesse 2005; Ullrich 2005). In dieser Zeit kam es zwar auch zu Konsolidierungsversuchen und dem Ausbau einzelner sozialstaatlicher Maßnahmen (z. B. Einführung des Mindestlohns und der Pflegeversicherung, Programme während der Finanzkrise), der beobachtbare Trend zur Kommodifizierung (Vermarktlichung) der Erwerbsarbeit und zum Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Schutzrechte führt insgesamt jedoch zu einer Verringerung von Beschäftigungs- und Einkommenssicherheiten und einer Erhöhung von Teilhaberrisiken. Dies kann anhand von Esping-Andersens (1990) Kriterien zur Identifikation der Dekommodifizierung von Wohlfahrtsstaaten verdeutlicht werden. Demnach wird die zunehmende Kommodifizierung an der Tendenz zur Einschränkung von sozialstaatlichen Leistungen, einem restriktiveren Leistungszugang und einer Verkürzung von

Anspruchsberechtigungen deutlich (z. B. Arbeitslosenversicherung, Renten- und Gesundheitsreformen, Rückgang der aktiven Arbeitsmarktförderung). Es werden mehr Eigeninitiativen und private Zuzahlungen verlangt und Leistungen stärker an eine Überprüfung der Bedürftigkeit gebunden (z. B. Arbeitsförderungsreformgesetz, „Hartz IV“, Gesundheitsreformen). Die Eigenverantwortlichkeit der Erwerbspersonen wird betont, und der kollektive Schutz vor Erwerbsrisiken wird zugunsten eines stärker individualisierten Umgangs reduziert. Insgesamt werden sozialstaatlich garantierte Ansprüche auf materielle Teilhabe so verringert und begründungsbedürftiger.

Der beschriebene Wandel ist nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland besonders deutlich, da es durch die Abschaffung des Sozialstaats der DDR zu einer abrupten Kommodifizierung kam (Hense 2017; Schmidt 2004). Dies zeigt sich an der Abschaffung der betrieblichen Sozialpolitik und des Rechts auf Arbeit, der Reduktion staatlicher Subventionen, der deutlichen Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, der Einführung der bedürftigkeitsprüfenden Fürsorge sowie der Überprüfung rentensteigernder Sonderregelungen der DDR. Infolge des Abbaus staatlicher und quasi-staatlicher Sozialleistungen wurde Erwerbsarbeit an Marktbedingungen und wurden Sozialleistungen an vorherige Einzahlungen, Eigeninitiativen und Bedürftigkeitsprüfungen gekoppelt. Infolge der gleichzeitig stattfindenden wirtschaftlichen Restrukturierungen und des deutlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit äußerte sich die Umstellung der Teilhabemechanismen in Ostdeutschland besonders deutlich in einer Erhöhung der Prekaritätspotenziale. Zusammenfassend kann der sozialstaatliche Wandel so beschrieben werden, dass es zur Schwächung des Teilhabemechanismus „Rechte“ und zur Aufwertung des Teilhabemechanismus „Erwerbsarbeit“ kommt. Dies hat zur Folge, dass Ungleichheiten, die durch den Markt erzeugt werden, weniger ausgeglichen werden. Die Prekaritätspotenziale haben sich also vor allem für diejenigen erhöht, die auf den sozialstaatlichen und kollektiven Schutz angewiesen sind.

Die Veränderungen am Arbeitsmarkt können wie folgt beschrieben werden (Castel/Dörre 2009; Keller/Seifert 2007; Kronauer/Linne 2005): Die Zunahme von befristeten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung erhöht Beschäftigungsrisiken und trägt zu einer stärkeren Gefährdung der Teilhabe an Erwerbsarbeit bei, da kein vertragliches Anrecht auf eine Weiterbeschäftigung besteht bzw. die Beschäftigung unbeständig ist (Keller/Seifert 2013; Brzinsky-Fay/Protsch/Buschhoff 2007; Giesecke 2009; Antoni/Jahn 2006). Diese auf die Zukunft gerichtete Beschäftigungsunsicherheit ist selbst dann gegeben, wenn sich die Verlustängste nachträglich als unbegründet erweisen, eine Anschlussbeschäftigung realisiert und der Beschäftigungsverlauf im Rückblick als stabil beschrieben werden kann. Bei Teilzeitstellen, die ebenfalls zugenommen haben, stellen sich die Prekaritätspotenziale anders dar. Die Beschäftigungsstabilität unterscheidet sich nicht von Vollzeitstellen, und durch die besseren Kombinationsmöglichkeiten mit anderen (familiären) Verpflichtungen ermöglicht Teilzeitarbeit für einige (insbesondere weibliche) Erwerbstätige erst die Teilhabe an Erwerbsarbeit (Bergmann/Mertens 2011;

Giesecke 2009; Brehmer/Seifert 2008; Blossfeld/Rohwer 1997; Vogel 2009). Die Gefährdung der Erwerbsbeteiligung (Beschäftigungsprekarität) wird durch Teilzeitleistungen folglich eher verringert, während sie durch befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und geringfügige Beschäftigung erhöht wird. Da sich auch andere Möglichkeiten zur Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen erweitert haben (vgl. Keller/Seifert 2006, 2007; Schenk 2004; OECD 1986, 1989), ist insgesamt eine stärkere Kopplung des Arbeitskräftebedarfs an konjunkturelle Schwankungen möglich und eine stärkere Gefährdung der Erwerbsbeteiligung zu beobachten.

Prekaritätspotenziale, die sich auf die materielle Teilhabe beziehen (Einkommensprekarität), sind durch Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung (Mini-/Midi-Jobs) und Leiharbeit erhöht worden, da diese Beschäftigungsformen mit geringerem Einkommen verbunden sind (Wingerter 2009; Brehmer/Seifert 2008; Anger/Schmidt 2008; Wolf 2003; Jahn/Rudolph 2002; Wiedemuth/Dombre 2008). Auch befristet Beschäftigte sind stärker von Lohnabschlägen betroffen (Giesecke/Groß 2007; Mertens/McGinnity 2005). Die materielle Teilhabe ist bei diesen Beschäftigungsformen gefährdet, wenn das Einkommensniveau niedrig ist und nicht (mehr) durch andere Einkommensquellen oder private Transfers innerhalb von Haushalten ausgeglichen werden kann (vgl. Kapitel 14). Das prekäre Potenzial zeigt sich daran, dass die Beschäftigten stärker auf einen Einkommensausgleich innerhalb des Haushalts und durch staatliche Rechte angewiesen sind und die materiellen Anrechte auf Transferleistungen (Rente, Arbeitslosengeld) gering sind. Sie sind infolgedessen abhängiger von substitutiven Leistungen aus den Teilhabemechanismen „Soziale Nahbeziehungen“ und „Rechte“. Ferner wirken die gesteigerten Möglichkeiten zur Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen (Keller/Seifert 2006, 2007; Schenk 2004; OECD 1986, 1989) über leistungs- und ertragsabhängige Löhne und tarifliche Öffnungsklauseln ebenfalls im Sinne einer stärkeren Gefährdung der materiellen Teilhabe.

1.2 Subjektive Wahrnehmung von Prekaritätsrisiken

Die subjektive Wahrnehmung von Prekarität entsteht, wenn Personen ihre Aussichten auf eine dauerhafte ökonomische Teilhabe und Erwerbsbeteiligung beurteilen und zu dem Schluss kommen, dass ihre sozioökonomische Teilhabe in Gefahr ist (Hense 2017). Die Prekaritätswahrnehmung stellt somit das Ergebnis eines kognitiv-evaluativen Vorgangs dar (Jacobson 1991), bei dem die eigene sozioökonomische Teilhabe auf der Basis des Wissens um gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten und eigene Handlungsspielräume sowie aufgrund bisheriger Erfahrungen eingeschätzt wird. Dabei wird die eigene Teilhabe als ungewiss erlebt und infrage gestellt. Das heißt, die Personen gehen nicht von Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit aus, sondern die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung ist ein zentrales Charakteristikum der Prekaritätswahrnehmung (de Witte/Näswall 2003; Jacobson 1991). Zudem ist die Wahrnehmung von Prekarität dadurch gekennzeichnet, dass eine Verschlechterung der sozioökonomischen Teilhabe und damit eine negative Entwicklung befürchtet wird. Das heißt, die Personen sorgen sich um ungewollte

Verluste wie den Wegfall des Arbeitsplatzes oder finanzielle Einbußen (Sverke/Hellgren/Näswall 2002; Greenhalgh/Rosenblatt 1984; Ashford/Lee/Bobko 1989; Burchell 2002; Hartley u. a. 1991; Green 2003; de Witte 2005).

Zwei Aspekte machen die Untersuchung der subjektiven Wahrnehmung von Prekarität für die sozioökonomische Berichterstattung besonders interessant: Zum einen hat dieser Indikator eine prospektive (zukunftsbezogene) Ausrichtung, sodass auch individuell wahrgenommene ex-ante-Risiken von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialem Abstieg erfasst werden können. Damit unterscheidet sich der Indikator von der nur rückblickend (retrospektiv) beobachtbaren Beschäftigungs- und Einkommensstabilität (vgl. Kapitel 9, 11, 14 und 16). Er generiert Erkenntnisse über eine Phase, welche dem Eintritt eines Verlusts der Erwerbsbeteiligung oder materiellen Teilhabe vorgelagert ist. Teilhaberrisiken werden so schon früh erkennbar, da der Indikator gute Hinweise auf spätere Verluste liefert (Green 2003). Zum anderen ergänzt die subjektive Messung von Prekarität die Untersuchung von Prekarität anhand objektiver Indikatoren. Letztere erfassen strukturelle Risiken, die auf eine potenzielle Gefährdung der Erwerbsbeteiligung und materiellen Teilhabe hinweisen, und geben Aufschluss darüber, wie sich die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten verändern. So besteht bei befristeten Beschäftigungen z. B. ein höheres Risiko von Beschäftigungsprekarität und bei geringfügig Beschäftigten und Leiharbeitern ein höheres Risiko von Einkommensprekarität. Der subjektive Indikator informiert ergänzend dazu über die subjektiv für relevant gehaltene Deutung der sozioökonomischen Teilhabe. So ist feststellbar, ob die gesellschaftliche Entwicklung von der Bevölkerung auch als Teilhabeproblem angesehen wird. Darüber hinaus können individuelle Reaktionen auf befürchtete Teilhabeverluste untersucht werden, die für die individuelle und familiäre Wohlfahrtsproduktion selbst dann „real in their consequences“ (Thomas/Thomas 1928: 571f.) sind, wenn Verluste abgewendet werden können oder nicht eintreten (Jacobson 1991; de Witte/Näswall 2003; Sverke/Hellgren/Näswall 2002). Insgesamt verspricht die Ausweitung der sozioökonomischen Berichterstattung auf selbst wahrgenommene Prekarität folglich neue Erkenntnisse, welche die Analysen zu strukturellen Prekaritätsrisiken und retrospektiven Messungen von Prekarität ergänzen. Die Erfassung prospektiver Teilhaberrisiken sowie die Beobachtung der subjektiv wahrgenommenen Gefährdung der sozioökonomischen Teilhabe entspricht ferner der Empfehlung, die Wohlfahrtsmessung auch auf Unsicherheit und subjektive Wohlfahrt zu beziehen und die Sozialberichterstattung an Lebensqualität und individuellen Wohlfahrtserträgen zu orientieren (Bartelheimer/Kädtler 2012).

Für die Messung der selbst wahrgenommenen Prekarität können rein kognitive Indikatoren verwendet werden, die z. B. die subjektive Wahrscheinlichkeit von Job- oder Einkommensverlusten erfassen oder die Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit bzw. erwartete Schwierigkeit bei der Wiederbeschäftigung oder Existenzsicherung einschätzen lassen. Allerdings hat die subjektive Wahrnehmung von Prekarität auch eine evaluative und affektive Komponente (Jacobson 1991), da die Personen einen Verlust der sozioökonomischen Teilhabe befürchten und eine Diskrepanz zwi-

schen dem gewünschten und erlebten Level an Sicherheit ausdrücken, die sie als negativ beurteilen. Um beide Aspekte zu berücksichtigen, wird die selbst wahrgenommene Gefährdung der eigenen sozioökonomischen Teilhabe nachfolgend über Zukunftssorgen operationalisiert. Diese entstehen, wenn Teilhabeverluste als möglich angesehen und negativ bewertet werden. Die Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität wird folglich über die „Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes“ operationalisiert. Die subjektiv wahrgenommene Gefährdung der materiellen Teilhabe (Einkommensprekarität) wird anhand der „Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation“ erfasst. Beide Variablen unterscheiden drei Intensitätsgrade von Sorgen: Wenn „keine Sorgen“ vorliegen, ist anzunehmen, dass die Personen von einer gesicherten sozioökonomischen Teilhabe ausgehen. Äußern die Befragten „einige Sorgen“, so schätzen sie ihre Teilhabe bereits als gefährdet (prekär) ein. Eine Steigerung der selbst wahrgenommenen Bedrohung wird durch „große Sorgen“ ausgedrückt.

Um das Ausmaß und die zeitliche Entwicklung der Prekaritätswahrnehmung in West- und Ostdeutschland zu untersuchen, wird das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) als Datengrundlage verwendet (Schupp 2009; Frick u. a. 2008; Wagner/Frick/Schupp 2007; Wagner u. a. 2008). Die nachfolgenden Analysen basieren auf dem SOEP der Jahre 1984 bis 2013. Der Analysedatensatz wurde auf abhängig Beschäftigte im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 65 Jahren eingeschränkt, die zu den jeweiligen Befragungszeitpunkten zumindest unregelmäßig erwerbstätig waren. Ausgeschlossen wurden Personen in Ausbildung, Selbstständige und freiberuflich Tätige.

1.2.1 Ausmaß und Entwicklung der Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität

Abbildung 10.1 veranschaulicht die Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität in Westdeutschland. Die Zeitreihe verdeutlicht, dass der Anteil der westdeutschen Erwerbstätigen, die keine Beschäftigungssorgen haben, die meiste Zeit über 50 % liegt und sich daher die meisten nicht als beschäftigungsprekär wahrnehmen. Dennoch ist der Anteil derjenigen, die einige oder große Beschäftigungssorgen haben, nicht unbeträchtlich: Der Anteil der Erwerbstätigen, die große Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes äußern, schwankt im Beobachtungszeitraum zwischen 7 % und 20 % und liegt durchschnittlich bei 12 %. Der Anteil von Erwerbstätigen, die einige Sorgen empfinden, variiert zwischen 26 % und 41 % und liegt durchschnittlich bei 35 %. Seit Anfang der 1990er Jahre zeigt sich ein Anstieg der wahrgenommenen Beschäftigungsprekarität in Westdeutschland, seit 2005 ist diese wieder rückläufig. Ein Vergleich der beschriebenen Entwicklung mit der westdeutschen Arbeitslosenquote der jeweiligen Jahre (durchgezogene Linie) macht deutlich, dass die selbst wahrgenommene Beschäftigungsprekarität immer dann größer wird, wenn die Arbeitslosenquote ansteigt. Insgesamt wird deutlich, dass wahrgenommene Beschäftigungsprekarität in Westdeutschland von Relevanz ist, im Verlauf der 1990er Jahre immer mehr Erwerbstätige ihre Erwerbsbeteiligung als gefährdet einschätzen und seit 2005 eine Verbesserung der Erwerbsbeteiligung wahrgenommen wird.

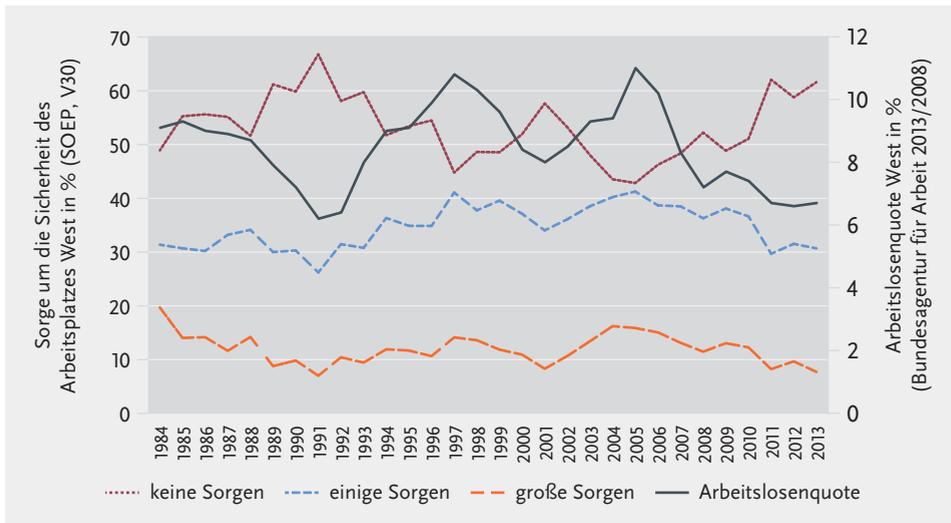


Abb. 10.1: Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität von 1984 bis 2013 (Westdeutschland)

Quelle: Eigene Berechnung. Abhängig Beschäftigte im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 65 Jahren.

Abbildung 10.2 veranschaulicht die Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität in Ostdeutschland. Die Beschäftigungssorgen ostdeutscher Erwerbstätiger sind im Vergleich zu den Sorgen der Westdeutschen deutlich höher. Direkt nach der Wiedervereinigung äußern lediglich 18% der Erwerbstätigen keine Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes. In den darauffolgenden Jahren liegt dieser Anteil bei durchschnittlich 26%, um sich ab 2005 deutlich zu erhöhen. Obschon dies eine Annäherung an das westdeutsche Niveau bewirkt, nehmen sich Ostdeutsche über den gesamten Beobachtungszeitraum prekärer wahr als Westdeutsche. Die höheren Beschäftigungssorgen der Ostdeutschen sind zum Teil auf die höhere Arbeitslosenquote in Ostdeutschland zurückzuführen (durchgezogene Linie). Die Arbeitslosenquote variiert in Ostdeutschland im Beobachtungszeitraum zwischen 10% und 20% (vgl. Abbildung 10.2), während sie in Westdeutschland zwischen 6% und 11% liegt (vgl. Abbildung 10.1). Darüber hinaus hat Abschnitt 1.1 verdeutlicht, dass sich die Teilhabemöglichkeiten in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung abrupt verändert haben, was sich ebenfalls auf ihre höhere Prekaritätswahrnehmung auswirkt.

Entsprechend äußern im Zuge der Wiedervereinigung um die 40% der ostdeutschen Erwerbstätigen große Beschäftigungssorgen, bis 2004 liegt dieser Anteil bei ca. 23%, danach fällt er erneut. Durchschnittlich 47% der ostdeutschen Erwerbstätigen haben einige Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Ihr Anteil variiert zwischen 37% und 53%, er steigt bis 1999 zunächst an und reduziert sich dann allmählich. Insgesamt betrachtet ist die wahrgenommene Beschäftigungsprekarität direkt nach der Wiedervereinigung am größten, da sich ca. 80% der ostdeutschen Erwerbstätigen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sorgen. Der Anteil der großen

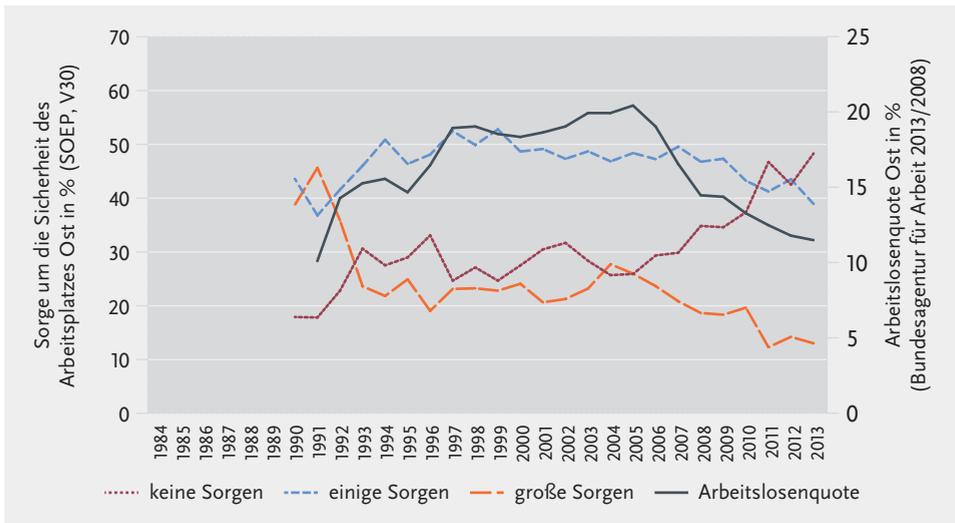


Abb. 10.2: Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität von 1990 bis 2013 (Ostdeutschland)

Quelle: Eigene Berechnung. Abhängig Beschäftigte im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 65 Jahren.

Beschäftigungsorgen reduziert sich am schnellsten und am stärksten, ab 2005 findet eine deutlichere Annäherung an das westdeutsche Niveau statt. Das heißt, die wahrgenommene Gefährdung der eigenen Teilhabe an Erwerbsarbeit reduziert sich langfristig betrachtet in Ostdeutschland, bleibt jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau. Dies offenbart eine extreme Verunsicherung der Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung, die auch als Teilhabeschock beschrieben werden kann. Dieser prägt die Wendeerfahrung der Ostdeutschen, und nach wie vor geht der Großteil der Ostdeutschen von einer gefährdeten Teilhabe an Erwerbsarbeit aus.

1.2.2 Ausmaß und Entwicklung der Wahrnehmung von Einkommensprekarität

Ein Vergleich der Abbildungen 10.3 und 10.4 (wahrgenommene Einkommensprekarität) mit den Abbildungen 10.1 und 10.2 (wahrgenommene Beschäftigungsprekarität) verdeutlicht, dass die materielle Teilhabe sowohl von West- als auch von Ostdeutschen als gefährdeter eingeschätzt wird als ihre Erwerbsbeteiligung. In Westdeutschland steigt der Anteil derjenigen, die sich etwas um ihre materielle Teilhabe sorgen, von 1984 bis 1997 von 45 % auf 59 %, fällt kurzfristig auf 50 % und bewegt sich seit 2000 zwischen 50 % und 55 % (vgl. Abbildung 10.3). Eine große Bedrohung für ihre materielle Teilhabe nehmen im Durchschnitt 18 % der Westdeutschen wahr. Dieser Anteil geht von 1984 bis 1991 zunächst zurück und wächst daran anschließend wieder. Der Zusammenhang zwischen der selbst eingeschätzten materiellen Teilhabe und der Arbeitslosenquote zeigt sich auch hier, denn die Prekaritätswahrnehmung variiert in etwa mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. In der langfristigen Betrachtung bedeutet dies, dass Westdeutsche ihre materielle Teilhabe seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend als prekär ansehen und ca. 18 % von deutlichen

Teilhabedefiziten berichten. Die Entwicklung der letzten Jahre deutet jedoch auf eine leichte Verbesserung der selbst eingeschätzten materiellen Teilhabe hin. Der Verlauf der wahrgenommenen Einkommensprekarität ähnelt dem Verlauf der wahrgenommenen Beschäftigungsprekarität der Westdeutschen, wenngleich das Niveau der Einkommensprekarität höher ist.

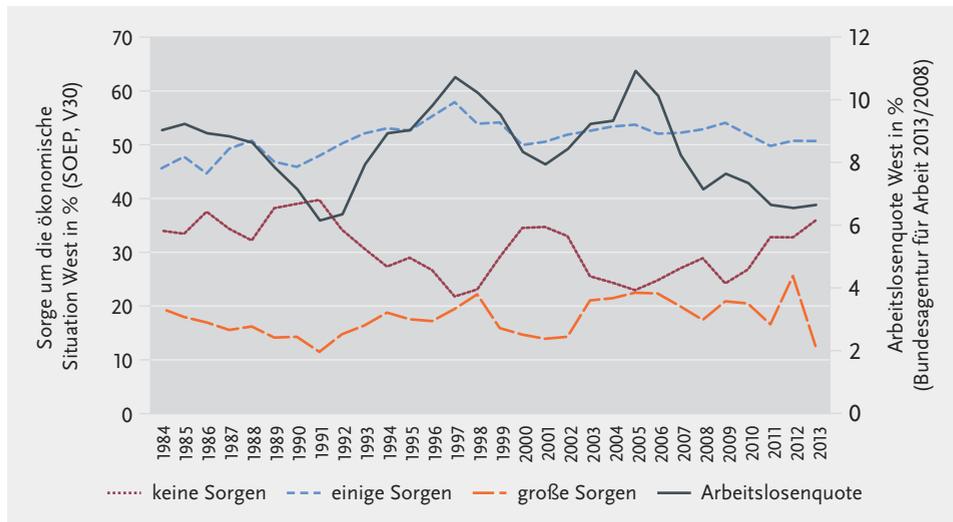


Abb. 10.3: Wahrnehmung von Einkommensprekarität von 1984 bis 2013 (Westdeutschland)

Quelle: Eigene Berechnung. Abhängig Beschäftigte im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 65 Jahren.

Abbildung 10.4 zeigt, dass die wahrgenommene Gefährdung der materiellen Teilhabe in Ostdeutschland noch höher ist als in Westdeutschland und aus der Perspektive der Ostdeutschen deutliche Teilhabedefizite offenbart. So äußern durchschnittlich 60% der ostdeutschen Erwerbstätigen einige Einkommenssorgen, und der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen um ihre materielle Teilhabe machen, liegt zwischen 20% und 30%. Die wahrgenommene Einkommensprekarität ist nach der Wiedervereinigung am höchsten und der Anteil derjenigen, die eine hohe Einkommensprekarität wahrnehmen, steigt zwischen 1996 und 2005 zunächst an und reduziert sich erst anschließend wieder. Die Entwicklung der wahrgenommenen Einkommensprekarität ist nur lose mit der Entwicklung der ostdeutschen Arbeitslosenquote verbunden. Langfristig betrachtet ist zwar insgesamt ein allmählicher Rückgang der selbst eingeschätzten Teilhabefrisiken zu beobachten, die selbst wahrgenommene Gefährdung der materiellen Teilhabe bleibt jedoch dennoch auf einem sehr hohen Niveau. Der Verlauf der wahrgenommenen Einkommensprekarität ähnelt auch in Ostdeutschland dem Verlauf der Beschäftigungsprekarität, wobei auch in Ostdeutschland die Gefährdung der materiellen Teilhabe ein größeres Teilhabeproblem darstellt als die Gefährdung der Erwerbsbeteiligung.

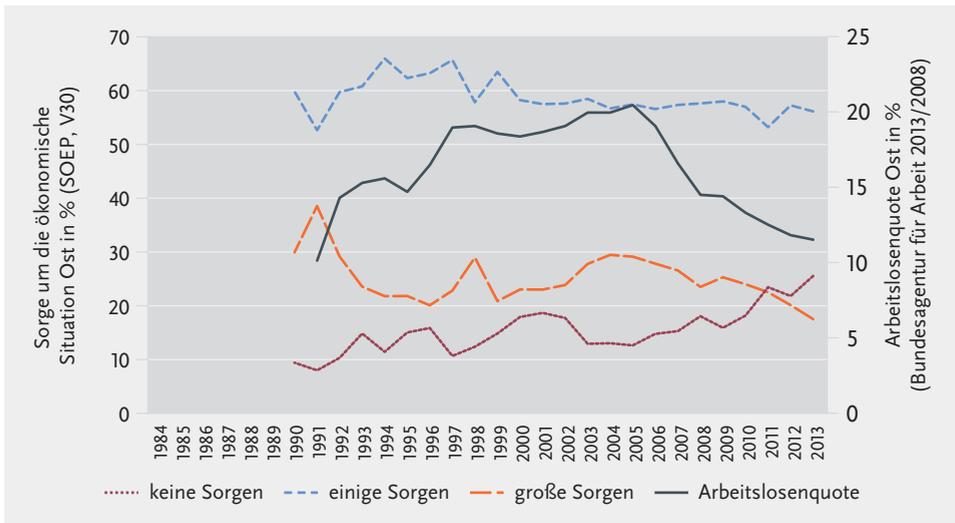


Abb. 10.4: Wahrnehmung von Einkommensprekarität von 1990 bis 2013 (Ostdeutschland)

Quelle: Eigene Berechnung. Abhängig Beschäftigte im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 65 Jahren.

Zusammenfassend verdeutlichen die Abbildungen 10.1 bis 10.4 erstens, dass ein substanzieller Anteil der Bevölkerung eine Gefährdung seiner materiellen Teilhabe und Erwerbsbeteiligung wahrnimmt. Zweitens sind die wahrgenommenen Risiken bei der materiellen Teilhabe höher als bei der Teilhabe an Erwerbsarbeit. Drittens wird die Bedrohung der sozioökonomischen Teilhabe in Ostdeutschland stärker empfunden als in Westdeutschland. Viertens ist in Westdeutschland langfristig betrachtet ein Anstieg der wahrgenommenen Gefährdung zu beobachten, in den letzten Jahren deutet sich jedoch eine Verbesserung der selbst eingeschätzten sozioökonomischen Teilhabe an. Fünftens fällt in Ostdeutschland zunächst die massive Infragestellung der sozioökonomischen Teilhabe nach der Wiedervereinigung auf, die zwar allmählich zurückgeht, aber insbesondere bei der materiellen Teilhabe auf einem hohen Niveau bestehen bleibt.

2 Ursachen subjektiver Prekaritätswahrnehmung

Die Untersuchung der Ursachen der subjektiven Wahrnehmung von Beschäftigungs- und Einkommensprekarität gibt zum einen Aufschluss darüber, inwiefern die selbst wahrgenommene Gefährdung der sozioökonomischen Teilhabe mit den gesellschaftlichen Teilhabemechanismen zusammenhängt (vgl. Abschnitt 1 und Kapitel 2). Zum anderen verdeutlicht sie, welche Personen sich als mehr oder weniger prekär wahrnehmen und wer infolgedessen Probleme für die eigene sozioökonomische Teilhabe sieht. Dadurch ist es auch möglich, Ansatzpunkte für sozialpolitische Interventionsmöglichkeiten zu erkennen.

2.1 Gesellschaftliche und individuelle Einflussfaktoren

Die Wahrnehmung von Prekarität lässt sich durch Einflussfaktoren erklären, die entweder die selbst eingeschätzte Wahrscheinlichkeit von Teilhabeverlusten oder die selbst wahrgenommene Bedeutung der Verluste für die eigene sozioökonomische Teilhabe beeinflussen (Jacobson 1991; Klandermans/van Vuuren/Jacobson 1991; OECD 1997; Greenhalgh/Rosenblatt 1984; Ashford/Lee/Bobko 1989). Die Prekaritätswahrnehmung steigt, wenn aufgrund der Einflussfaktoren ein Verlust wahrscheinlicher erscheint oder wenn dieser Verlust nicht anderweitig kompensiert werden kann und daher eine größere Bedeutung für die eigene sozioökonomische Teilhabe hat. Die Faktoren, die sich auf die Wahrscheinlichkeit oder die Bedeutung von Teilhabeverlusten auswirken, können zu zwei Gruppen zusammengefasst werden: Einerseits beeinflussen die allgemeinen gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten die Einschätzung der eigenen Situation. Andererseits spielen die individuell verfügbaren Ressourcen eine Rolle, die im Wesentlichen durch die individuellen Optionen zur Nutzung der Teilhabemechanismen bestimmt sind.

Hinsichtlich der *sozioökonomischen Teilhabemöglichkeiten* liegen folgende Forschungsergebnisse vor: Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Betriebs, der Branche oder der allgemeinen wirtschaftlichen Lage lässt Teilhabeverluste wahrscheinlicher werden und steigert die selbst eingeschätzte Gefährdung der eigenen Teilhabe (Kinnunen u. a. 1999; Mauno/Kinnunen 2002; Büssing 1999; Green 2003; Mau/Mewes/Schöneck 2012). Dasselbe trifft auf eine höhere Arbeitslosenquote zu (Chung/Oorschot 2011; Erlinghagen 2008; Anderson/Pontusson 2007). Die Anstellung im öffentlichen Dienst sowie in größeren Betrieben wird in Deutschland hingegen als krisensicherer empfunden und senkt die selbst wahrgenommene Gefährdung der sozioökonomischen Teilhabe, während diese im verarbeitenden Gewerbe vergleichsweise hoch ist (Munoz de Bustillo/de Pedraza 2010; Erlinghagen 2008; Lengfeld/Hirschle 2010; Mauno/Kinnunen 2002; OECD 1997). Die Prekaritätswahrnehmung sinkt ferner, wenn sozioökonomische Bedingungen die subjektiv wahrgenommene Bedeutung potenzieller Verluste verringern, weil eine Substitution aufgrund der sozialstaatlichen Unterstützungssysteme oder der Arbeitsmarktlage besser möglich ist. Entsprechend verringern z. B. höhere sozialstaatliche Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung die wahrgenommene Gefährdung der sozioökonomischen Teilhabe (Chung/van Oorschot 2011; Clark/Postel-Vinay 2009; Anderson/Pontusson 2007; OECD 1997; Mau/Mewes/Schöneck 2012). Dasselbe trifft auf höhere staatliche Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik zu (Anderson/Pontusson 2007; Chung/Oorschot 2011). Marktbedingte Substitutionsmöglichkeiten sind überdies größer, wenn es leichter ist, nach einem Arbeitsplatzverlust eine neue, äquivalente Beschäftigung zu finden, anstatt arbeitslos zu bleiben oder Einkommenseinbußen in Kauf zu nehmen. Entsprechend reduzieren auch bessere marktbedingte Substitutionsmöglichkeiten die Wahrnehmung von Prekarität (OECD 1997; Mau/Mewes/Schöneck 2012; Burgoon/Dekker 2010; Lengfeld/Hirschle 2010; Erlinghagen 2008; Munoz de Bustillo/de Pedraza 2010; Green 2003).

Die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten erklären aber nur einen Teil der Prekaritätswahrnehmung. Denn diese hängt auch von den *selbst eingeschätzten individuellen Möglichkeiten* ab, potenzielle Verluste zu verhindern oder eine schlechtere gesamtgesellschaftliche Lage zu bewältigen. Die Wahrnehmung von Prekarität reduziert sich also für diejenigen, die gesellschaftliche Teilhabemechanismen besser nutzen können, weil sie über eine höhere Bildung, eine höhere berufliche Stellung oder einen unbefristeten Arbeitsvertrag verfügen; Ressourcen, die ihnen insgesamt mehr Handlungsfreiheit und Sicherheit geben (Mau/Mewes/Schöneck 2012; Burgoon/Dekker 2010; Munoz de Bustillo/de Pedraza 2010; Erlinghagen 2008; Fullerton/Wallace 2007; Anderson/Pontusson 2007; Hübler/Hübler 2006; Lengfeld/Hirschle 2010). Die Prekaritätswahrnehmung erhöht sich hingegen, wenn die individuellen Möglichkeiten zur Substitution von Verlusten eingeschränkt sind und dadurch die Bewältigung von Teilhabeverlusten erschwert wird. Die vorliegenden Analysen zeigen, dass die finanzielle Situation und die Erwerbsbeteiligung des Haushalts für die Interpretation der eigenen sozioökonomischen Teilhabe von Relevanz sind. Geringere finanzielle Substitutionsmöglichkeiten führen demnach zu einer Steigerung der Prekaritätswahrnehmung (Mau/Mewes/Schöneck 2012; Burgoon/Dekker 2010; Munoz de Bustillo/de Pedraza 2010; Erlinghagen 2008; Grabka/Frick 2008; Mauno/Kinnunen 2002). Obschon Arbeiter/innen und befristet Beschäftigte weiterhin die größte Bedrohung für ihre sozioökonomische Teilhabe wahrnehmen, ist insgesamt eine Erhöhung der wahrgenommenen Prekarität von Angestellten, Besserverdienenden sowie unbefristet Beschäftigten zu beobachten (Lengfeld/Hirschle 2010; Green 2003; Burchell 2002; Hübler/Hübler 2006). Somit erleben sich zunehmend auch Personen als prekär, die ihre Teilhabe zuvor als sicher eingeschätzt haben, was auch an Diskussionen zur Prekarität der Mittelschicht abzulesen ist (Burzan/Berger 2010; Dörre 2008; Lessenich 2009; Vester 2006; Böhnke 2005, 2006). Realisierte Abstiege sind dort im Vergleich zu den anderen Beschäftigtengruppen zwar weiterhin seltener, die Veränderungen der sozioökonomischen Teilhabemöglichkeiten haben aber dazu beigetragen, dass sie sich ihrer Handlungsmöglichkeiten nicht mehr so sicher sind wie zuvor.

Aufbauend auf diesen Forschungsergebnissen wird nachfolgend die Wirkung der Teilhabemechanismen auf die Wahrnehmung von Beschäftigungs- und Einkommensprekarität untersucht. Dazu wird ein Datensatz benötigt, der objektive und subjektive Indikatoren zur Beschäftigungs- und Erwerbssituation von Individuen enthält, Angaben zur Erwerbs- und Einkommenssituation des Haushalts und der Herkunftsfamilie zur Verfügung stellt, ein Zuspätspielen von Arbeitslosenquoten ermöglicht und unterschiedliche Phasen der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung abdeckt. Das SOEP erfüllt diese Anforderungen und wird daher nachfolgend als Datengrundlage verwendet (Schupp 2009; Frick u. a. 2008; Wagner u. a. 2008, 2007). Die Analysen basieren auf dem SOEP der Jahre 1985 bis 2013. Der Analysedatensatz wurde auf abhängig Beschäftigte im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 65 Jahren eingeschränkt, die zu den jeweiligen Befragungszeitpunkten zumindest unregelmäßig

erwerbstätig waren. Ausgeschlossen wurden Personen in Ausbildung, Selbstständige und freiberuflich Tätige.

2.2 Teilhabemechanismen und die Wahrnehmung von Prekarität

Die Wahrnehmung von Prekarität wird einerseits durch individuell verfügbare Ressourcen zur Verhinderung sowie zur Bewältigung von Teilhabeverlusten erklärt (vgl. Abschnitt 2.1). Andererseits wirken sich markt- und wohlfahrtsstaatlich bedingte Teilhabemöglichkeiten auf die subjektiv wahrgenommene Gefährdung der eigenen sozioökonomischen Teilhabe aus. Sie berücksichtigen unterschiedliche Arbeitsmarktrisiken und unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Unterstützungsmöglichkeiten (vgl. Abschnitt 1.1 und 2.1). Darüber hinaus wird angenommen, dass die Einschätzung der eigenen sozioökonomischen Teilhabe auch durch die bisherigen Verlusterfahrungen der Individuen geprägt ist (vgl. ausführlicher Hense 2017). Die wahrgenommene Beschäftigungsprekarität wird über die „Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes“ und die wahrgenommene Einkommensprekarität über die „Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation“ operationalisiert. Zur Analyse der Daten werden ordinale Panelregressionen verwendet (vgl. Pfarr/Schmid/Schneider 2011).¹ Die Koeffizienten geben an, ob die Einflussfaktoren die Wahrscheinlichkeit für die Wahrnehmung von Prekarität erhöhen oder verringern.

Tab. 10.1: Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität in West- und Ostdeutschland

	West	Ost
Individuell verfügbare Ressourcen		
Höchster Schulabschluss (Ref.: Hauptschulabschluss)		
kein/sonstiger Abschluss	n. s.	n. s.
Mittlere Reife	-0,09	-0,15
Abitur	-0,15	-0,32
Höchster Berufsabschluss (Ref.: betrieblich/schulisch)		
kein/sonstiger Abschluss	n. s.	n. s.
Hochschulabschluss	n. s.	-0,09
Berufliche Stellung (Ref.: un-/angelernter Arbeiter/-in)		
Facharbeiter/-in	-0,09	n. s.
Vorarbeiter/-in	-0,17	n. s.
Meister/-in oder Polier/-in	-0,20	n. s.

¹ Zur Vereinfachung der Analysen wurde angenommen, dass die Annahme paralleler Regressionen zutrifft. Die detaillierteren Analysen (inklusive Modellstatistiken, Standardfehlern und Signifikanzniveaus) sowie ausführliche Erläuterungen zur Methode, den Daten und Variablen finden sich in Hense 2017. Bei der Interpretation der Koeffizienten ist zu berücksichtigen, dass diese von dem Sample und den anderen Variablen im Modell abhängig sind, sodass die Größe der Koeffizienten zwischen Modellen nicht verglichen werden kann. Da es bei dem verwendeten Analyseverfahren keine standardisierten Koeffizienten gibt, beschränkt sich die Interpretation im Wesentlichen auf die Interpretation des Vorzeichens der Koeffizienten sowie seiner Signifikanz. Aussagen zur Größe von Effekten sind somit nur innerhalb einer unabhängigen Variable möglich.

(Fortsetzung Tab. 10.1)

	West	Ost
Angestellte/-r einfache Tätigkeit	-0,16	-0,15
Angestellte/-r qualifizierte Tätigkeit	-0,24	-0,18
Angestellte/-r hochqualifizierte Tätigkeit	-0,29	-0,20
Angestellte/-r umfassende Führungsaufgaben	-0,36	-0,25
Beamte/-r einfacher Dienst	-0,81	-0,63
Beamte/-r mittlerer Dienst	-1,00	-1,30
Beamte/-r gehobener Dienst	-1,46	-1,09
Beamte/-r höherer Dienst	-1,53	-1,12
Befristeter Vertrag (Ref.: unbefristet)	0,60	0,53
Teilzeit (Ref.: Vollzeit)	-0,24	-0,30
Haushalts-Äquivalenzeinkommen (in 1000 Euro)	-0,01	-0,01
Anteil Erwerbstätiger im Haushalt	-0,10	0,14
Soziale Herkunft (Ref.: Arbeiter/-innenfamilie)		
Angestelltenfamilie	-0,15	-0,10
Beamtenfamilie	-0,25	n. s.
Selbstständigenfamilie	-0,17	-0,14
Fehlend/nicht zutreffend	kontrolliert	kontrolliert
Gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten		
Regionale Arbeitslosenquote	0,06	0,02
Jahr (stetig ab 1985 West, 1990 Ost)	kontrolliert	kontrolliert
1997	0,12	n. s.
2001	-0,20	-0,15
2003	0,15	0,09
2005	0,19	0,25
2008	n. s.	n. s.
Bisherige Erfahrungen		
Ehemalige/-r DDR-Bürger/in (Ref.: nein)	0,19	0,34
Frühere Entlassung (Ref.: nein)	0,24	0,13
Bislang erlebte Arbeitslosigkeitsdauer (Jahre)	0,04	n. s.
Kontrollvariablen		
Frau (Ref.: Mann)	n. s.	0,24
Betriebsgröße, Branche	kontrolliert	kontrolliert
Anzahl	157.252	46.597
Abhängige Variable: Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes (1: keine, 2: einige, 3: große), random effects generalized ordered probit, Annahme paralleler Regressionen, unstandardisierte Koeffizienten, n. s. = nicht signifikant.		

Quelle: SOEP 1985 bis 2013 (doi: 10.5684/soep.v30). Eigene Berechnung.

Betrachtet man in den Tabellen 10.1 und 10.2 zunächst die individuell verfügbaren Ressourcen in Bezug auf den Teilhabemechanismus „Bildung“ (vgl. Kapitel 2), so zeigt sich, dass höhere Bildungsabschlüsse die Wahrnehmung von Beschäftigungs- und Einkommensprekarität reduzieren. Es ist anzunehmen, dass dies darauf zurückzuführen ist, dass Höherqualifizierte seltener entlassen werden, schneller einen Arbeitsplatz finden und mehr Erwerbs- und Transfereinkommen erhalten als geringer Qualifizierte. Diese Wirkung des Teilhabemechanismus „Bildung“ scheint den Erwerbstätigen bewusst zu sein, da der Bildungsstatus die subjektive Interpretation ihrer Teilhabe beeinflusst. Individuelle Ressourcen im Zusammenhang mit dem Teilhabemechanismus „Erwerbsarbeit“ (vgl. Kapitel 2) sind an der beruflichen Stellung sowie dem Arbeitsvertrag festzumachen. Zunächst fällt auf, dass die Prekaritätswahrnehmung von Arbeitern und Arbeiterinnen am größten und von Beamten und Beamtinnen am niedrigsten ist, was bei Letzteren mit dem privilegierten Schutz vor Arbeitslosigkeit und bei Ersteren mit dem größeren Arbeitslosigkeitsrisiko zusammenhängt. Innerhalb der Gruppen der Arbeiter/innen, Angestellten und Beamten/innen gehen niedrigere Positionen in der Regel mit einer höheren Wahrnehmung von Beschäftigungs- und Einkommensprekarität einher. Die Erwerbstätigen erkennen demnach ungleichheitsgenerierende Differenzierungen im Teilhabemechanismus „Erwerbsarbeit“, die mit ihrer beruflichen Stellung verbunden sind: Beamte und Beamtinnen nehmen ihre privilegiertere Stellung bei der Herstellung von Teilhabe ebenso wahr, wie Arbeiter/innen und Erwerbstätigen in niedrigeren Positionen ihre relative Benachteiligung bei der Inanspruchnahme des Teilhabemechanismus „Erwerbsarbeit“ offensichtlich ist. Dasselbe trifft auf befristet Beschäftigte zu, die sich im Vergleich zu unbefristet Beschäftigten als beschäftigungs- und einkommensprekärer einschätzen und befristeten Arbeitsverhältnissen folglich Mängel bei der Realisierung von Teilhabe zuschreiben. Die niedrigere wahrgenommene Beschäftigungsprekarität von Teilzeitbeschäftigten verdeutlicht, dass eine atypische Beschäftigung nicht per se als prekär angesehen wird. Es ist zu vermuten, dass die positive Bewertung der Teilzeitarbeit, die sowohl für Männer als auch für Frauen gilt (Hense 2017), darauf zurückzuführen ist, dass Teilzeit eine Erwerbsbeteiligung auch dann ermöglicht, wenn eine Vollzeitbeschäftigung aufgrund anderweitiger Verpflichtungen oder eigener Arbeitszeitwünsche nicht möglich oder gewollt ist.

Individuell verfügbare Ressourcen, welche die Bewältigung potenzieller Teilhabeverluste verbessern, zeigen sich im Zusammenhang mit dem Teilhabemechanismus „soziale Nahbeziehungen“ (vgl. Kapitel 2). Wenn die finanziellen Mittel des Haushalts größer sind, dann fühlen sich Beschäftigte weniger durch Arbeitsplatz- und Einkommensverluste bedroht. Dies lässt vermuten, dass diese Personen eine geringere Abhängigkeit von ihrer Erwerbsarbeit wahrnehmen, da sie aufgrund ihrer sozialen Beziehungen alternative Möglichkeiten zur Herstellung von sozioökonomischer Teilhabe zur Verfügung haben. In ähnlicher Weise reduziert ein höherer Anteil von Erwerbstätigen im Haushalt die subjektive Wahrnehmung einer gefährdeten materiellen Teilhabe. Während die Erwerbstätigkeit anderer Haushaltsmitglieder in Westdeutschland denselben reduzierenden Effekt auf die selbst wahrgenom-

mene Gefährdung durch Arbeitsplatzverluste hat, führt die Erwerbstätigkeit anderer Haushaltsmitglieder in Ostdeutschland zu einer erhöhten Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität. Es kann folglich angenommen werden, dass die Erwerbstätigkeit anderer Haushaltsmitglieder die subjektiv wahrgenommene Bewältigung von möglichen Einkommensverlusten erleichtert und im Westen zusätzlich als Substitut für die eigene Erwerbsbeteiligung fungieren kann. Im Osten ist Letzteres jedoch nicht der Fall, stattdessen hebt die Erwerbsbeteiligung anderer Haushaltsmitglieder die Bedeutung des Teilhabemechanismus „Erwerbsarbeit“ vermutlich hervor und unterstreicht die empfundene Abhängigkeit von dieser marktförmigen Form zur Herstellung von sozioökonomischer Teilhabe. Weitere Unterschiede lassen sich auch im Hinblick auf das erweiterte soziale Netzwerk der Herkunftsfamilie erkennen. Kinder von Arbeitern und Arbeiterinnen haben eine höhere Wahrnehmung von Beschäftigungs- und Einkommensprekarität. Der Teilhabemechanismus „Soziale Nahbeziehungen“ ist für sie vermutlich weniger belastbar als z. B. bei Kindern von Angestellten, sodass die Bewältigung von möglichen Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten für Erstere schwieriger erscheint.

Tab. 10.2: Wahrnehmung von Einkommensprekarität in West- und Ostdeutschland

	West	Ost
Individuell verfügbare Ressourcen		
Höchster Schulabschluss (Ref.: Hauptschulabschluss)		
kein/sonstiger Abschluss	n. s.	n. s.
Mittlere Reife	-0,04	-0,13
Abitur	-0,16	-0,25
Höchster Berufsabschluss (Ref.: betrieblich/schulisch)		
kein/sonstiger Abschluss	0,06	n. s.
Hochschulabschluss	-0,09	n. s.
Berufliche Stellung (Ref.: un-/angelernter Arbeiter/-in)		
Facharbeiter/-in	-0,10	-0,11
Vorarbeiter/-in	-0,11	-0,21
Meister/-in oder Polier/-in	-0,26	-0,23
Angestellte/-r einfache Tätigkeit	-0,16	-0,18
Angestellte/-r qualifizierte Tätigkeit	-0,30	-0,25
Angestellte/-r hochqualifizierte Tätigkeit	-0,45	-0,37
Angestellte/-r umfassende Führungsaufgaben	-0,50	-0,50
Beamte/-r einfacher Dienst	-0,30	-0,80
Beamte/-r mittlerer Dienst	-0,63	-0,64
Beamte/-r gehobener Dienst	-0,78	-0,68
Beamte/-r höherer Dienst	-1,05	-1,01
Befristeter Vertrag (Ref.: unbefristet)	0,27	0,25
Teilzeit (Ref.: Vollzeit)	n. s.	n. s.
Haushalts-Äquivalenzeinkommen (in 1.000 Euro)	-0,01	-0,01
Anteil Erwerbstätiger im Haushalt	-0,14	-0,10

(Fortsetzung Tab. 10.2)

	West	Ost
Soziale Herkunft (Ref.: Arbeiter/-innenfamilie)		
Angestelltenfamilie	-0,11	-0,09
Beamtenfamilie	-0,16	n. s.
Selbstständigenfamilie	-0,12	n. s.
Fehlend/nicht zutreffend	kontrolliert	kontrolliert
Gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten		
Regionale Arbeitslosenquote		
Jahr (stetig ab 1985 West, 1990 Ost)	kontrolliert	kontrolliert
1997	0,15	n. s.
2001	-0,21	-0,21
2003	0,19	0,17
2005	0,15	0,24
2008	n. s.	n. s.
Bisherige Erfahrungen		
Ehemalige/-r DDR-Bürger/in (Ref.: nein)	0,18	0,28
Frühere Entlassung (Ref.: nein)	0,24	0,11
Bislang erlebte Arbeitslosigkeitsdauer (Jahre)	0,06	0,04
Kontrollvariablen		
Frau (Ref.: Mann)	0,10	0,16
Betriebsgröße, Branche	kontrolliert	kontrolliert
Anzahl	160.047	47.386
Abhängige Variable: Sorgen um die eigene ökonomische Situation (1: keine, 2: einige, 3: große), random effects generalized ordered probit, Annahme paralleler Regressionen, unstandardisierte Koeffizienten, n. s. = nicht signifikant.		

Quelle: SOEP 1985 bis 2013 (doi: 10.5684/soep.v30). Eigene Berechnung

Gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten im Zusammenhang mit den Teilhabemechanismen „Erwerbsarbeit“ und „Rechte“ unterscheiden sich aufgrund der Nachfrage auf den Arbeitsmärkten und der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme (vgl. Abschnitt 1). Bei einer höheren regionalen Arbeitslosigkeit steigt die wahrgenommene Gefährdung der eigenen materiellen Teilhabe und Erwerbsbeteiligung. Das heißt, Erwerbstätige erkennen hierin offensichtlich gesellschaftliche Prekaritätsrisiken des Teilhabemechanismus „Erwerbsarbeit“, die sich auf die Einschätzung der eigenen Teilhabe auswirken. Die Wahrnehmung von Beschäftigungs- und Einkommensprekarität steigt ferner an, wenn hinsichtlich des Teilhabemechanismus „Rechte“ eine sozialstaatliche Re-Kommodifizierung zu beobachten ist. Dies ist z. B. in den Jahren 2003 und 2005 („Hartz“-Gesetzgebung) und 1997 (Arbeitsförderungs-Reformgesetz) der Fall (vgl. Abschnitt 1 sowie ausführlicher Hense 2017). Dekommodifizierende Maßnahmen in der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Regierung sowie während der Finanzkrise von 2008 gehen hingegen mit einem Rückgang der Prekaritätswahrnehmung einher bzw. bewirken, dass die Wahrnehmung von Preka-

rität trotz Finanzkrise nicht steigt. Wie prägend ein früherer Teilhabeverlust ist, wird daran deutlich, dass diejenigen mehr Prekarität wahrnehmen, die bereits fremdbestimmte Teilhabeverluste erlebt haben (Wendeerfahrung, Entlassungen) und diese längere Zeit nicht substituieren konnten (längere Arbeitslosigkeitsdauer).

Zusammenfassend zeigt sich erstens, dass die Teilhabemechanismen „Erwerbsarbeit“, „Rechte“, „soziale Nahbeziehungen“ und „Bildung“ für die Bewertung der eigenen sozioökonomischen Teilhabe von Relevanz sind. Zweitens werden die ungleichen Möglichkeiten zur Nutzung dieser Mechanismen von den Individuen reflektiert. Die selbst wahrgenommene Gefährdung der sozioökonomischen Teilhabe ist folglich bei Höherqualifizierten, Beamt/innen und Personen mit größeren finanziellen Ressourcen im Haushalt bzw. einer höheren Erwerbsbeteiligung anderer Haushaltsmitglieder niedriger. Bei Arbeiter/innen, Personen mit einer niedrigeren beruflichen Stellung, Kindern aus Arbeiter/innenfamilien und befristet Beschäftigten ist die Prekaritätswahrnehmung hingegen höher. Drittens werden eine steigende Arbeitslosenquote sowie kommodifizierende sozialstaatliche Maßnahmen als Bedrohung für die eigene sozioökonomische Teilhabe erlebt. Sozialpolitische Interventionsmöglichkeiten zur Reduzierung der subjektiven Wahrnehmung von Prekarität können sich folglich auf dekommodifizierende Maßnahmen, aktive Arbeitsmarktpolitik, eine Unterstützung von Haushalten, die Einschränkung oder bessere Absicherung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder eine Förderung der Bildungsteilhabe beziehen.

3 Folgen der Prekaritätswahrnehmung für soziale Nahbeziehungen

Bisherige Untersuchungen zu den Folgewirkungen der subjektiven Wahrnehmung von Einkommens- und Beschäftigungsprekarität konzentrieren sich im Wesentlichen auf drei Bereiche: Folgen für die Gesundheit und das subjektive Wohlbefinden, Folgen für Beschäftigte und Betriebe sowie Folgen für Familien und Partnerschaften. Die negativen Auswirkungen der Prekaritätswahrnehmung auf die Gesundheit und das subjektive Wohlbefinden sowie auf Beziehungen am Arbeitsplatz sind vielfach erforscht und eindeutig belegt worden (vgl. für eine Zusammenfassung der Ergebnisse Hense 2017). Die Forschungsergebnisse zu den Folgen der selbst wahrgenommenen Prekarität für Familien und Partnerschaften sind weniger umfangreich. Für den vorliegenden Bericht sind sie von Relevanz, da dieser u. a. die Fragen aufwirft, wie sich die Teilhabe an sozialen Nahbeziehungen darstellt und wodurch sie beeinflusst wird (vgl. Kapitel 3). Daher wird nachfolgend zunächst der Forschungsstand zu den Auswirkungen der Prekaritätswahrnehmung auf die Familiengründung referiert. Daran anschließend werden die Folgen der Prekaritätswahrnehmung für den Zusammenzug mit dem Partner bzw. der Partnerin, die Heirat und die Trennung vom Partner bzw. der Partnerin näher untersucht.

3.1 Unterschiedliche Auswirkungen auf die Familiengründung

Die Gründung einer Familie wird als langfristig bindende Entscheidung angesehen, und es wird häufig vermutet, dass die Prekaritätswahrnehmung zu einer Reduktion der Familiengründung führt. Für höher qualifizierte Frauen reduziert die Wahrnehmung von Beschäftigungs- und Einkommensprekarität auch tatsächlich die Erstgeburtsrate (Kreyenfeld 2008). Allerdings zeigt dieselbe Untersuchung, dass das Gegenteil auf Frauen mit einem Hauptschulabschluss zutrifft. Dies deutet darauf hin, dass die Betroffenen auf die Wahrnehmung von Prekarität nicht einheitlich reagieren, sondern ihre Entscheidung vor dem Hintergrund ihrer Karriereaussichten sowie ihrer erwerbs- und familienbezogenen Präferenzen abwägen.

In dieselbe Richtung weist eine andere Untersuchung, die Unterschiede zwischen verschiedenen Berufseintrittskohorten sowie zwischen Ost- und Westdeutschland analysiert (Düntgen/Diewald 2008). Die Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität reduziert bei Erwerbstätigen, die ihren Berufseintritt bis 1990 vollzogen haben, die Wahrscheinlichkeit einer ersten Elternschaft. Bei Personen, die zu einem späteren Zeitpunkt erwerbstätig geworden sind, kommt es jedoch zum umgekehrten Effekt. Darüber hinaus reagieren ostdeutsche Frauen auf berufliche Abstiegsprognosen mit vermehrter Familiengründung, und auch die Unzufriedenheit mit dem Einkommen bewirkt bei ostdeutschen Männern und Frauen insgesamt eher eine verstärkte Neigung zur Familiengründung. Das Gegenteil ist jedoch bei westdeutschen Männern der Fall. Zusammenfassend zeigt sich, dass westdeutsche Männer und Personen, die in einen weniger deregulierten Arbeitsmarkt eingestiegen sind, bei wahrgenommener Prekarität dazu tendieren, die Elternschaft zumindest hinauszuschieben. Es kann vermutet werden, dass bei diesen Personengruppen eine Konkurrenz zwischen beruflichen und familiären Aspekten der Lebensführung besteht und eine Familiengründung erst bei einer – aus ihrer Sicht – zufriedenstellenden und stabilen beruflichen Situation in Betracht gezogen wird. Anders verhält es sich bei Ostdeutschen und jüngeren Berufseintrittskohorten. Hier scheint die Familie eher als gleichberechtigter Bereich neben der Erwerbsarbeit bzw. eventuell als Alternative zur beruflichen Karriere zu fungieren, was auch in beruflich schwierigeren oder unsicheren Zeiten nicht vernachlässigt wird.

Eine qualitative Studie zum Vergleich ost- und westdeutscher Präferenzen bezüglich der Berufs- und Familienplanung unterstützt diese Interpretation weitestgehend und führt hierfür unterschiedliche kulturelle Orientierungen infolge von Sozialisationserfahrungen an (vgl. Bernardi/Klärner/von der Lippe 2008). Demnach beziehen sich die prioritären Lebensziele der untersuchten Westdeutschen auf materiellen Besitz, einen spontanen Lebensstil und den beruflichen Erfolg, der am Berufsaufstieg, am erreichten Status und am Einkommen festgemacht wird. Das Fertilitätsverhalten wird beruflichen Erfordernissen eher angepasst, und die Gründung einer Familie wird von dem Erreichen beruflicher Stabilität und finanzieller Sicherheit abhängig gemacht. Zudem werden Kinder z.T. als Konkurrenz zur Erwerbstätigkeit angesehen und mit einem gewissen Risiko zur Gefährdung der

ökonomischen und biografischen Sicherheit verbunden. Anders verhält es sich bei den ostdeutschen Befragten. Hier sind die Teilhabe am Erwerbsleben sowie die ökonomische Teilhabe mit anderen Lebenszielen ins Gleichgewicht zu bringen. Entsprechend werden Beschäftigungsverhältnisse präferiert, die soziale Beziehungen sowie Verpflichtungen in außerberuflichen Bereichen nicht behindern. Ein erfülltes Leben wird nicht direkt mit beruflichem Erfolg gleichgesetzt, sondern die Gründung einer Familie ist hierfür ebenso wichtig, sodass berufliche Entscheidungen auch an Erfordernisse einer Familiengründung angepasst werden. Folglich ist die Familiengründung unabhängiger von beruflicher Stabilität und ökonomischer Sicherheit, und eine Verunsicherung wirkt sich nicht unbedingt auf die Fertilität aus.

3.2 Folgen für partnerschaftliche Beziehungen

Theoretisch betrachtet kann wachsende Prekaritätswahrnehmung einerseits dazu führen, dass Personen ihre Ressourcen zusammenlegen und versuchen, ihre selbst wahrgenommene Prekarität durch eine Intensivierung der partnerschaftlichen Beziehung zu kompensieren. Entsprechend wäre zu erwarten, dass Partner und Partnerinnen zusammenziehen oder heiraten. Andererseits kann selbst wahrgenommene Prekarität zu Stress und partnerschaftlichen Konflikten beitragen, die letztlich zu Trennungen führen.

3.2.1 Auswirkungen auf die Fortsetzung der Partnerschaft

Die bisherige Forschung belegt, dass die wahrgenommene Beschäftigungsprekarität den berufsbedingten Stress innerhalb von Familien steigert und dies nicht ohne Folgen für die partnerschaftliche Beziehung bleibt (Nolan 2002; Fox/Chancey 1998; Larson/Wilson/Beley 1994). So senkt die wahrgenommene Beschäftigungs- und Einkommensprekarität die partnerschaftliche Harmonie und fördert familiäre und partnerschaftliche Probleme. Insgesamt zeigt sich, dass insbesondere die wahrgenommene Prekarität des Mannes für Paare ein Problem in Bezug auf die Qualität und das Fortbestehen der Beziehung darstellt. Im Vergleich dazu trägt die wahrgenommene Prekarität der Frau in geringerem Maße zu Kontroversen bei und lässt Frauen sogar eher an ihrer Partnerschaft festhalten.

Um diese Ergebnisse weiter zu vertiefen, wurde mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels untersucht, ob und inwiefern sich die wahrgenommene Beschäftigungs- und Einkommensprekarität auf die Ehedauer auswirken. Dabei ist zunächst festzustellen, dass kein Einfluss der selbst wahrgenommenen Beschäftigungsprekarität auf die Ehedauer beobachtet werden kann. Die Sorge um die Sicherheit des Arbeitsplatzes führt also nicht zu einem erhöhten Scheidungsrisiko. Hingegen hat die Wahrnehmung von Einkommensprekarität negative Auswirkungen auf die Ehedauer und erhöht das Scheidungsrisiko. In Abbildung 10.5 sind zunächst die deskriptiven Ergebnisse auf der Basis einer Kaplan-Meier-Schätzung abgebildet (Blossfeld/Golsch/Rohwer 2007). Die Überlebensfunktion informiert über die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person bis zu dem Zeitpunkt t noch keine Scheidung erlebt hat. Die Unterschiede zwischen den Verläufen, die aufgrund einer unterschiedlich

hohen Prekaritätswahrnehmung beobachtet werden, sind signifikant. Sie zeigen, dass sich Personen mit einer hohen Einkommensprekarität (große Sorgen um die ökonomische Situation) schneller scheiden lassen als Personen mit einer geringeren Prekaritätswahrnehmung (einige Sorgen). Personen, die keine Gefährdung ihrer materiellen Teilhabe wahrnehmen, verbleiben insgesamt am längsten in der Ehe.

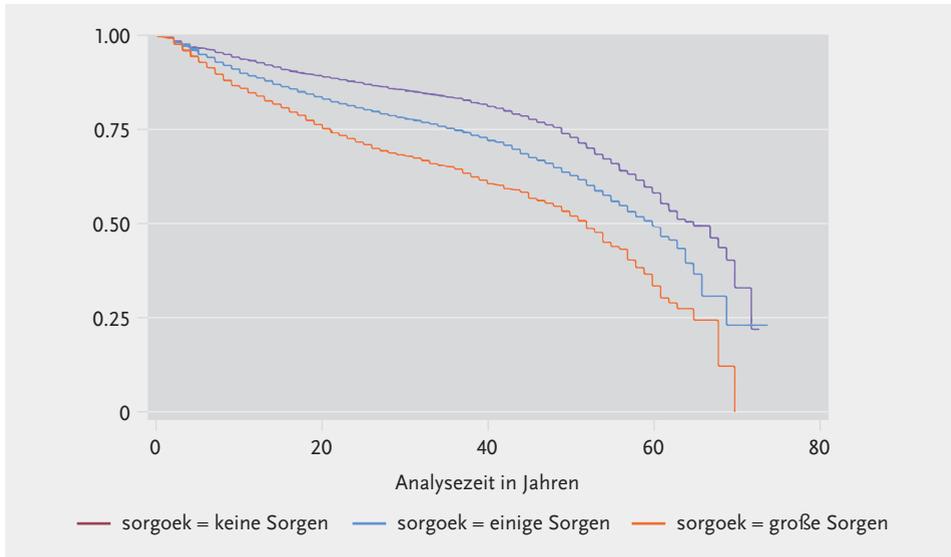


Abb. 10.5: Überlebensfunktion für den Übergang zur Scheidung bei selbst wahrgenommener Einkommensprekarität

Quelle: SOEP 1985–2013 (doi: 10.5684/soep.v30). Eigene Berechnung. Kaplan-Meier-Schätzung.

Die multivariaten Ereignisanalysen (Cox-Regression, single-episodes, single-failure data) untersuchen den Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Einkommensprekarität und der Scheidung näher (Blossfeld/Golsch/Rohwer 2007). Sie analysieren, inwiefern die Wahrscheinlichkeit, von einer Ehe zur Scheidung zu wechseln, durch die Prekaritätswahrnehmung beeinflusst wird. Ergänzend zu den deskriptiven Analysen kontrollieren die multivariaten Modelle für weitere Einflussfaktoren, die sich auf die Ehedauer auswirken (Franzese/Rapp 2013; Wagner/Weiß 2003; Arránz-Becker 2008). So kann festgestellt werden, ob der Zusammenhang zwischen der Prekaritätswahrnehmung und der Ehedauer stabil ist und nicht durch Drittfaktoren hergestellt wird. In Tabelle 10.3 sind die Analysen getrennt für Männer und Frauen dargestellt. Die Analysen bestätigen, dass die Übergangswahrscheinlichkeit zur Scheidung durch die Wahrnehmung von Einkommensprekarität erhöht wird und dass dies sowohl für Männer als auch für Frauen gilt. Dies bedeutet, dass die selbst wahrgenommene Gefährdung der materiellen Teilhabe auch zur Gefährdung der Teilhabe an sozialen Nahbeziehungen beiträgt. Denn sowohl bei Männern als auch bei Frauen ist es wahrscheinlicher, dass die Wahrnehmung der eigenen Ein-

kommensprekarität zur Scheidung führt. Da zentrale Drittfaktoren kontrolliert wurden, ist also insgesamt von einer negativen Wirkung der selbst wahrgenommenen Einkommensprekarität auf partnerschaftliche Beziehungen auszugehen.

Tab. 10.3: Folgen der wahrgenommenen Einkommensprekarität für die Ehedauer

	Frau	Mann
Sorgen um eigene ökonomische Situation (Ref.: keine)		
einige Sorgen	0,27	n. s.
große Sorgen	0,58	0,27
Log Likelihood	-6.466,04	-5.808,96
LR Chi ²	869,89	926,12
Wald-Test	0,00	0,00
Anzahl	98.851	119.145
Abhängige Variable: Ehedauer (in Jahren), Cox-Regression, single-episodes, single-failure data, kontrolliert für Schulbildung, Erwerbstätigkeit, sozioökonomischen Status der Befragten, Haushalts-Äquivalenzeinkommen, Kinder, zusammenlebend, Alter, Stadt/Land, Ost/West, n. s. = nicht signifikant.		

Quelle: SOEP 1985 bis 2013 (doi: 10.5684/soep.v30). Eigene Berechnung.

3.2.2 Auswirkungen auf die Intensivierung der partnerschaftlichen Beziehung

Bislang wurde noch nicht untersucht, ob sich die Wahrnehmung von Beschäftigungs- und Einkommensprekarität auch auf die Intensivierung der partnerschaftlichen Beziehung auswirkt. Eine intensivere Beziehung könnte es beispielsweise ermöglichen, Ressourcen zusammenzulegen und die selbst wahrgenommene Prekarität zu kompensieren. Daher wird mit den Daten des SOEP analysiert, ob die Prekaritätswahrnehmung die Wahrscheinlichkeit erhöht oder verringert, mit dem Partner bzw. der Partnerin zusammenzuziehen oder diesen/diese zu heiraten. Hierfür werden binäre logistische Panelregressionen verwendet (Cameron/Trivedi 2010). Die Ergebnisse werden getrennt für Männer und Frauen ausgewiesen, und die Berechnungen kontrollieren wiederum weitere Einflussgrößen. Neben dem Einfluss der eigenen Prekaritätswahrnehmung wird zusätzlich der Einfluss der Prekaritätswahrnehmung des Partners bzw. der Partnerin untersucht.

Tabelle 10.4 zeigt, dass eine hohe selbst wahrgenommene Gefährdung der eigenen Erwerbsbeteiligung bei Frauen dazu führt, dass die Wahrscheinlichkeit steigt, mit dem Partner zusammenzuziehen. Die Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität hat bei Männern keine Auswirkungen auf eine gemeinsame Haushaltsgründung. Dies bestätigt sich in beiden Modellen. Folglich kommt es zu einer Intensivierung der partnerschaftlichen Beziehung, wenn sich Frauen als beschäftigungsprekär wahrnehmen und sich um ihre eigenständige Erwerbsbeteiligung sorgen. Der Zusammenzug mit dem Partner stellt in dieser Situation vermutlich eine Möglichkeit dar, die selbst wahrgenommene Prekarität zu kompensieren und die sozioökonomische Teilhabe durch soziale Nahbeziehungen abzusichern. Insgesamt wird die Teil-

habe an sozialen Nahbeziehungen durch die wahrgenommene Beschäftigungsprekarität nicht verringert, sondern stattdessen intensiviert, jedenfalls bei Frauen.

Tab. 10.4: Folgen der Beschäftigungsprekarität für den Zusammenzug mit dem/r Partner/in

	Frau	Mann
Eigene Sorgen um Arbeitsplatzsicherheit (Ref.: keine)		
einige Sorgen	n. s.	n. s.
große Sorgen	0,47	n. s.
Sorgen Arbeitsplatzsicherheit Partner/in (Ref.: keine)		
einige Sorgen	n. s.	n. s.
große Sorgen	n. s.	0,41
Log Likelihood	-1.596,46	-1.624,99
Wald Chi ²	623,46	465,66
Wald-Test	0,00	0,00
Anzahl	65.976	65.953
Abhängige Variable: Zusammenzug (ja/nein), random effects logistic regression, Logitkoeffizienten, kontrolliert für Schulbildung, Erwerbstätigkeit sowie sozioökonomischen Status der Befragten und des Partners/der Partnerin, Haushalts-Äquivalenzeinkommen, Alter, Stadt/Land, Ost/West, n. s. = nicht signifikant.		

Quelle: SOEP 1985 bis 2013 (doi: 10.5684/soep.v30). Eigene Berechnung.

Tabelle 10.5 stellt die Ergebnisse für die wahrgenommene Gefährdung der materiellen Teilhabe dar. Es zeigt sich, dass die Wahrnehmung von Einkommensprekarität keinen umfassenden Einfluss auf den Zusammenzug mit dem Partner bzw. der Partnerin hat. Für Frauen reduzieren große Einkommenssorgen des männlichen Partners allerdings die Wahrscheinlichkeit einer gemeinsamen Haushaltsgründung. Paare tendieren also nicht dazu, die wahrgenommene Einkommensprekarität durch den Zusammenzug mit dem Partner bzw. der Partnerin zu kompensieren. Stattdessen verhindert die Einkommensprekarität des männlichen Partners eher eine Intensivierung der Paarbeziehung.

Die Heirat stellt eine weitere Intensivierung der partnerschaftlichen Beziehung dar, und es kann zunächst vermutet werden, dass sich die Prekaritätswahrnehmung in ähnlicher Weise auf die Heirat wie auf die Haushaltsgründung auswirkt. In Bezug auf die wahrgenommene Beschäftigungsprekarität zeigt sich jedoch, dass diese keine Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit einer Eheschließung hat. Dies trifft sowohl für Männer als auch für Frauen zu. Während die Beschäftigungsprekarität der Frau also die Wahrscheinlichkeit einer gemeinsamen Haushaltsgründung erhöht, wirkt sie sich nicht weiter intensivitätssteigernd auf das Eingehen einer Ehe aus.

Tab. 10.5: Folgen der Einkommensprekarität für den Zusammenzug mit dem/r Partner/in

	Frau	Mann
Eigene Sorgen um ökonomische Situation (Ref.: keine)		
einige Sorgen	n. s.	n. s.
große Sorgen	n. s.	n. s.
Sorgen um ökonomische Situation Partner/in (Ref.: keine)		
einige Sorgen	n. s.	n. s.
große Sorgen	-0,39	n. s.
Log Likelihood	-1.975,66	-1.994,85
Wald Chi ²	805,86	518,63
Wald-Test	0,00	0,00
Anzahl	103.582	103.454
Abhängige Variable: Zusammenzug (ja/nein), random effects logistic regression, Logitkoeffizienten, kontrolliert für Schulbildung, Erwerbstätigkeit sowie sozioökonomischen Status der Befragten und des Partners/der Partnerin, Haushalts-Äquivalenzeinkommen, Alter, Stadt/Land, Ost/West, n. s. = nicht signifikant.		

Quelle: SOEP 1985 bis 2013 (doi: 10.5684/soep.v30). Eigene Berechnung.

Die Wahrscheinlichkeit einer Eheschließung wird jedoch durch die Wahrnehmung von Einkommensprekarität reduziert (vgl. Tabelle 10.6). Sofern Frauen die ökonomische Teilhabe als gefährdet betrachten, verringert sich die Wahrscheinlichkeit, dass Paare heiraten. Eine unsichere ökonomische Perspektive verhindert folglich tendenziell, dass Paare ihre Beziehung intensivieren.

Tab. 10.6: Folgen der Einkommensprekarität für die Heirat mit dem/r Partner/in

	Frau	Mann
Eigene Sorgen um ökonomische Situation (Ref.: keine)		
einige Sorgen	-0,18	n. s.
große Sorgen	-0,27	n. s.
Sorgen um ökonomische Situation Partner/in (Ref.: keine)		
einige Sorgen	n. s.	-0,13
große Sorgen	n. s.	n. s.
Log Likelihood	-12.845,62	-12.191,65
Wald Chi ²	1.058,89	1.493,87
Wahrscheinlichkeit für Chi ²	0,00	0,00
Anzahl	105.484	105.357
Abhängige Variable: Heirat (ja/nein), random effects logistic regression, Logitkoeffizienten, kontrolliert für Schulbildung, Erwerbstätigkeit sowie sozioökonomischen Status der Befragten und des Partners, Haushalts-Äquivalenzeinkommen, Alter, Stadt/Land, Ost/West, n. s. = nicht signifikant.		

Quelle: SOEP 1985 bis 2013 (doi: 10.5684/soep.v30). Eigene Berechnung.

4 Zusammenfassung

Die Teilhabemechanismen „Erwerbsarbeit“ und „Rechte“ haben sich seit den 1980er Jahren verändert und gesellschaftliche Prekaritätspotenziale erhöht, die auch subjektiv so wahrgenommen werden. Substanziale Anteile der Bevölkerung nehmen eine Gefährdung ihrer Erwerbsbeteiligung und vor allem ihrer materiellen Teilhabe wahr, Ostdeutsche sind davon in weitaus größerem Maße betroffen als Westdeutsche. Die Prekaritätswahrnehmung der Ostdeutschen war infolge des Kommodifizierungsschocks durch die Wiedervereinigung besonders hoch und reduziert sich nur allmählich, ohne dass bereits eine Angleichung an das Niveau der Westdeutschen erreicht ist. In einer langfristigen Beobachtungsperspektive ist insgesamt ein Anstieg von Beschäftigungs- und Einkommenssorgen zu verzeichnen. Kurzfristig betrachtet sind auch Rückgänge zu beobachten, von denen jedoch noch nicht klar ist, wie sie sich weiterentwickeln werden.

Die Erwerbsbeteiligung sowie die materielle Teilhabe sind unsicherer geworden und stärker an Marktbedingungen gekoppelt. Die selbst wahrgenommene Gefährdung der sozioökonomischen Teilhabe steigt folglich zum einen, wenn die Arbeitslosenquote wächst und die marktförmige Teilhabe gestört wird. Zum anderen erhöht sie sich, wenn wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zum Schutz von abhängig Beschäftigten oder zur Umverteilung von Einkommen reduziert werden und der Teilhabemechanismus „Rechte“ geschwächt wird. Darüber hinaus nehmen die Individuen ihre ungleichen Möglichkeiten zur Herstellung sozioökonomischer Teilhabe wahr: Sofern sie durch ihren Bildungsstatus und ihre Erwerbstätigkeit (z. B. Status als Beamter/Beamtin, höhere berufliche Stellung) privilegiert sind, schätzen sie sich als weniger prekär ein. Wenn sie aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit jedoch mit relativen Nachteilen zu rechnen haben (z. B. Arbeiter und Arbeiterinnen, befristet Beschäftigte), dann drückt sich dies auch in einer höheren selbst wahrgenommenen Gefährdung ihrer sozioökonomischen Teilhabe aus. Die niedrige Prekaritätswahrnehmung von Teilzeitbeschäftigten verdeutlicht, dass nicht jede atypische Beschäftigung als prekär eingeschätzt wird und Teilzeitarbeit in der Wahrnehmung der Beschäftigten die Möglichkeiten zur sozioökonomischen Teilhabe verbessert.

Dem Teilhabemechanismus „soziale Nahbeziehungen“ kommt im Zuge des beschriebenen gesellschaftlichen Wandels eine größere Bedeutung zu, da er Teilhabedefizite der anderen Mechanismen ausgleichen muss. Die Bedeutung der sozialen Nahbeziehung zur Herstellung von sozioökonomischer Teilhabe ist den Individuen ebenso bewusst wie ihre ungleichen individuellen Möglichkeiten zur Nutzung derselben. Entsprechend nehmen Personen, die in ihrem Haushalt oder ihrer Herkunftsfamilie weniger Möglichkeiten zur Substitution von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten haben (z. B. geringeres Haushaltseinkommen, geringere Erwerbsbeteiligung im Haushalt, Herkunft aus Arbeiter/innenfamilie), ihre sozioökonomische Teilhabe als gefährdeter wahr als Personen, die in diesem Sinne ein höheres soziales Kapital haben, mit dem sie Einbußen gegebenenfalls ausgleichen können.

Die Forschung zu den Folgen der Prekaritätswahrnehmung zeigt, dass diese die Gesundheit und das individuelle Wohlergehen sowie die Arbeitsbeziehungen schädigt. Selbst wenn sich die befürchteten Teilhabeverluste letztlich nicht einstellen und retrospektiv betrachtet Beschäftigungs- und Einkommensstabilität erreicht wird, hat die subjektive Antizipation einer gefährdeten sozioökonomischen Teilhabe somit beträchtliche Folgen. Bezogen auf die sozialen Nahbeziehungen wirkt sich die Wahrnehmung von Prekarität sowohl förderlich als auch hemmend auf die Familiengründung aus. Bei Paaren, für die eine Konkurrenz zwischen beruflichen und familiären Lebenszielen besteht, kommt es zur Reduktion der Fertilität. Anders verhält es sich bei Paaren, die von einer Äquivalenz beider Bereiche ausgehen. Hier kann die Prekaritätswahrnehmung die Familiengründung sogar befördern. Partnerschaftliche Beziehungen werden durch die Wahrnehmung von Einkommensprekarität insgesamt negativ beeinflusst. Diese macht es unwahrscheinlicher, dass Paare zusammenziehen oder heiraten. Darüber hinaus erhöht sie die Wahrscheinlichkeit, dass Paare sich scheiden lassen. Die Wahrnehmung von Beschäftigungsprekarität hat demgegenüber weniger Auswirkungen. Sie führt allerdings bei Frauen dazu, dass die Wahrscheinlichkeit einer gemeinsamen Haushaltsgründung erhöht wird. Insgesamt bedeutet dies, dass die Gefährdung der sozioökonomischen Teilhabe auch zu einer Gefährdung der sozialen Nahbeziehungen führt.

Literaturverzeichnis

- Anderson, Christopher J./Pontusson, Jonas (2007):** Workers, worries and welfare states: Social protection and job insecurity in 15 OECD countries. In: *European Journal of Political Research*. Vol. 46. No. 2. 211–235.
- Anger, Christina/Schmidt, Jörg (2008):** Gender Wage Gap und Familienpolitik. In: *IW Trends*. Jg. 35. Heft 2. 55–68.
- Antoni, Manfred/Jahn, Elke J. (2006):** Arbeitnehmerüberlassung. Boomende Branche mit hoher Fluktuation. In: *IAB Kurzbericht*. Ausgabe 14. 1–8.
- Arránz-Becker, Oliver (2008):** Was hält Partnerschaften zusammen? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ashford, Susan J./Lee, Cynthia/Bobko, Philip (1989):** Content, causes, and consequences of job insecurity: A theory-based measure and substantive test. In: *Academy of Management Journal*. Vol. 32. No. 4. 803–829.
- Bartelheimer, Peter/Kädtler, Jürgen (2012):** Produktion und Teilhabe. Konzepte und Profil sozioökonomischer Berichterstattung. In: *Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung* (Hrsg.): *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 41–85.

- Bergmann, Annette/Mertens, Antje (2011):** Job Stability Trends, Lay-offs, and Transitions to Unemployment in West Germany. In: *Labour*. Vol. 25. No. 4. 421–446.
- Bernardi, Laura/Klärner, Andreas/von der Lippe, Holger (2008):** Job insecurity and the timing of parenthood: A comparison between Eastern and Western Germany. In: *European Journal of Population*. Vol. 24. No. 3. 287–313.
- Blossfeld, Hans-Peter/Golsch, Katrin/Rohwer, Götz (2007):** *Event History Analysis with Stata*. New York: Psychology Press.
- Blossfeld, Hans-Peter/Rohwer, Götz (1997):** Part-Time Work in West Germany. In: Blossfeld, Hans-Peter/Hakim, Catherine (Eds.): *Between Equalization and Marginalization*. Oxford: University Press. 164–190.
- Böhnke, Petra (2005):** Teilhabechancen und Ausgrenzungsrisiken in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 37. 31–37.
- Böhnke, Petra (2006):** Marginalisierung und Verunsicherung. Ein empirischer Beitrag zur Exklusionsdebatte. In: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg: Hamburger Edition. 97–120.
- Brehmer, Wolfram/Seifert, Hartmut (2008):** Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken. In: *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*. Jg. 41. Heft 4. 501–531.
- Brzinsky-Fay, Christian/Protsch, Paula/Buschoff, Karin (2007):** Atypische Beschäftigung. Umfang, Dynamik und soziale Sicherung im europäischen Vergleich. Beitrag zur 5. Internationalen Forschungskonferenz über soziale Sicherheit am 5. bis 7. März in Warschau, „Soziale Sicherheit und der Arbeitsmarkt: ein wachsender Gegensatz?“.
- Burchell, Brendan (2002):** The prevalence and redistribution of job insecurity and work intensification. In: Burchell, Brendan/Ladipo, David/Wilkinson, Frank (Eds.): *Job Insecurity and Work Intensification*. London/New York: Routledge. 61–76.
- Burgoon, Brian/Dekker, Fabian (2010):** Flexible employment, economic insecurity and social policy preferences in Europe. In: *Journal of European Social Policy*. Vol. 20. No. 2. 126–141.
- Burzan, Nicole/Berger, Peter A. (Hrsg.) (2010):** *Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Büssing, André (1999):** Can control at work and social support moderate psychological consequences of job insecurity? Results from a quasi-experimental study in the steel industry. In: *European Journal of Work and Organizational Psychology*. Vol. 8. No. 2. 219–242.
- Butterwegge, Christoph (1999):** *Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik*. Opladen: Leske + Budrich Verlag.
- Butterwegge, Christoph (2005):** *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cameron, Colin/Trivedi, Pravin (2010):** *Microeconometrics Using Stata*. College Station: Stata Press.
- Castel, Robert (2000):** *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK Verlag.

- Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009):** Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Chung, Heejung/Oorschot, Wim van (2011):** Institutions versus market forces: Explaining the employment insecurity of European individuals during (the beginning of) the financial crisis. In: *Journal of European Social Policy*. Vol. 21. No. 4. 287–301.
- Clark, Andrew/Postel-Vinay, Fabien (2009):** Job security and job protection. In: *Oxford Economic Papers*. Vol. 61. No. 2. 207–239.
- Damitz, Ralf M. (2007):** Prekarität. Genealogie einer Problemdiagnose. In: *Mittelweg*. Jg. 36. Heft 16. 67–86.
- Dörre, Klaus (2008):** Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Ausgabe 33–34. 3–6.
- Düntgen, Alexandra/Diewald, Martin (2008):** Auswirkungen der Flexibilisierung von Beschäftigung auf eine erste Elternschaft. In: Szydlik, Marc (Hrsg.): *Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 213–231.
- Erlinghagen, Marcel (2008):** Self-perceived job insecurity and social context: A multilevel analysis of 17 European countries. In: *European Sociological Review*. Vol. 24. No. 2. 183–197.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990):** *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Fox, Greer L./Chancey, Dudley (1998):** Sources of economic distress. Individual and family outcomes. In: *Journal of Family Issues*. Vol. 19. No. 6. 725–749.
- Franzese, Fabio/Rapp, Ingmar (2013):** Der Einfluss von Arbeitslosigkeit auf das Trennungsrisiko von Ehen. In: *Zeitschrift für Familienforschung*. Vol. 23. No. 3. 331–346.
- Frick, Joachim R./Groh-Samberg, Olaf/Schupp, Jürgen/Spieß, Katharina (Hrsg.) (2008):** 25 Wellen Sozio-ökonomisches Panel. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Jg. 77. Heft 3.
- Fullerton, Andrew/Wallace, Michael (2007):** Traversing the flexible turn: US worker's perceptions of job security, 1977–2002. In: *Social Science Research*. Vol. 36. No. 1. 201–221.
- Giesecke, Johannes (2009):** Socio-economic Risks of Atypical Employment Relationships: Evidence from the German Labour Market. In: *European Sociological Review*. Vol. 25. No. 6. 629–646.
- Giesecke, Johannes/Groß, Martin (2007):** Flexibilisierung durch Befristung. Empirische Analysen zu den Folgen befristeter Beschäftigung. In: Keller, Bernd/Seifert, Hartmut (Hrsg.): *Atypische Beschäftigung. Flexibilisierung und soziale Risiken*. Berlin: edition sigma. 85–105.
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2008):** Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: *DIW-Wochenbericht*. Jg. 75. Heft 10. 101–108.
- Greenhalgh, Leonard/Rosenblatt, Zehava (1984):** Job insecurity: Towards conceptual clarity. In: *Academy of Management Review*. Vol. 9. No. 3. 438–448.
- Green, Francis (2003):** *The rise and decline of job insecurity*. Studies in Economics 0305. Canterbury: Department of Economics. University of Kent.

- Hartley, Jean/Jacobson, Dan/Klandermans, Bert/van Vuuren, Tinka (1991) (Hrsg.):** Job Insecurity. Coping with Jobs at Risk. London/Newbury Park/New Delhi: Sage.
- Hense, Andrea (2017):** Wahrnehmung der eigenen Prekarität. Grundlagen einer Theorie zur sozialen Erklärung von Ungleichheitswahrnehmungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hübler, Dominik/Hübler, Olaf (2006):** Is there a trade-off between job security and wages in Germany and the UK? IZA Discussion Paper No. 2241.
- Jacobson, Dan (1991):** The conceptual approach to job insecurity. In: Hartley, Jean/Jacobson, Dan/Klandermans, Bert/van Vuuren, Tinka (Eds.): Job Insecurity. Coping with Job at Risk. London/Newbury Park/New Delhi: Sage. 23–39.
- Jahn, Elke/Rudolph, Helmut (2002):** Auch für Arbeitslose ein Weg mit Perspektive. IAB-Kurzbericht. Ausgabe 20.
- Kalleberg, Arne (2009):** Precarious Work, insecure workers: Employment relations in transition. In: American Sociological Review. Vol. 74. No. 1. 1–22.
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut (2006):** Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherung und Prekarität. In: WSI Mitteilungen. Jg. 59. Heft 5. 235–240.
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut (Hrsg.) (2007):** Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken. Berlin: edition sigma.
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut (2013):** Atypical employment in Germany. Forms, development, patterns. In: Transfer. Vol. 19. No. 4. 457–474.
- Kinnunen, Ulla/Mauno, Saija/Natti, Jouko/Happonen, Mika (1999):** Perceived job insecurity: A longitudinal study among Finnish employees. In: European Journal of Work and Organizational Psychology. Vol. 8. No. 2. 243–260.
- Klandermans, Bert/van Vuuren, Tinka/Jacobson, Dan (1991):** Employees and job insecurity. In: Hartley, Jean/Jacobson, Dan/Klandermans, Bert/van Vuuren, Tinka (Eds.): Job Insecurity. Coping with Jobs at Risk. London/Newbury Park/New Delhi: Sage. 40–64.
- Kreyenfeld, Michaela (2008):** Ökonomische Unsicherheit und der Aufschub der Familiengründung. In: Szydlik, Marc (Hrsg.): Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 232–254.
- Kronauer, Martin/Linne, Gudrun (Hrsg.) (2005):** Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Berlin: edition sigma.
- Lampert, Heinz/Althammer, Jörg W. (2007):** Lehrbuch der Sozialpolitik. Berlin/Heidelberg: Springer Verlag.
- Larson Jeffrey H./Wilson, Stephan M./Beley, Rochelle (1994):** The impact of job insecurity on marital and family relationships. In: Family Relations. Vol. 43. No. 2. 138–143.
- Lengfeld, Holger/Hirschle, Jochen (2010):** Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984–2007. In: Burzan, Nicole/Berger, Peter (Hrsg.): Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 181–200.
- Lessenich, Stephan (2009):** „Neue Mitte“: Das Ende der Planwirtschaft. In: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag. 259–268.

- Lessenich, Stephan (2008):** Die Neuerfindung des Sozialen. Bielefeld: transcript Verlag.
- Lessenich, Stephan/Möhring-Hesse, Matthias (2005):** Ein neues Leitbild für den Sozialstaat. In: Lessenich, Stephan/Nahles, Andrea/Peters, Jürgen/Stolterfoht, Barbara u. a.: Den Sozialstaat neu denken. Hamburg: VSA Verlag. 87–156.
- Mau, Steffen/Mewes, Jan/Schöneck, Nadine M. (2012):** What determines subjective socioeconomic insecurity? Context and class in comparative perspective. In: Socio-Economic Review. Vol. 10. No. 4. 665–682.
- Mauno, Saijo/Kinnunen, Ulla (2002):** Perceived job insecurity among dual-earner couples: Do its antecedents vary according to gender, economic sector and the measure used? In: Journal of Occupational and Organizational Psychology. Vol. 75. No. 3. 295–314.
- Mertens, Antje/McGinnity, Frances (2005):** A "two-tier" labour market for fixed-term jobs? Evaluating evidence from West Germany using quantile regression. In: Schmollers Jahrbuch. Vol. 125. No. 1. 75–85.
- Munoz de Bustillo, Rafael/de Pedraza, Pablo (2010):** Determinants of job insecurity in five European countries. In: European Journal of Industrial Relations. Vol. 16. No. 1. 5–20.
- Nolan, Jane P. (2002):** The intensification of everyday life. In: Burchell, Brendan/Ladipo, David/Wilkinson, Frank (Eds.): Job Insecurity and Work Intensification. London/New York: Routledge. 112–136.
- OECD (1986):** Flexibility in the Labour Market. The Current Debate. Paris: OECD.
- OECD (1989):** Labour Market Flexibility. Trends in Enterprises. Paris: OECD.
- OECD (1997):** Is job insecurity on the increase in OECD countries? In: OECD Employment Outlook 1997. Paris: OECD. 129–160.
- Pfarr, Christian/Schmid, Andreas/Schneider, Udo (2011):** Estimating ordinal categorical variables using panel data: A generalised ordered probit model with an autofit procedure. In: Journal of Economics and Econometrics. Vol. 54. No. 1. 7–23.
- Schenk, Ulrich (2004):** Arbeitnehmerüberlassung im Rahmen der Flexibilisierung betrieblicher Arbeitsmärkte. In: Vogel, Berthold/Promberger, Markus/Weinkopf, Claudia (Hrsg.): Leiharbeit. Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform. Hamburg: VSA Verlag. 98–118.
- Schmidt, Manfred G. (2004):** Sozialpolitik der DDR. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G. (2005):** Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schupp, Jürgen (2009):** 25 Jahre Sozio-ökonomisches Panel. Ein Infrastrukturprojekt der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung in Deutschland. In: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 38. Heft 5. 350–357.
- Sverke, Magnus/Hellgren, Johnny/Näswall, Katharina (2002):** No security: A meta-analysis and review of job insecurity and its consequences. In: Journal of Occupational Health Psychology. Vol. 7. No. 3. 3242–3264.
- Thomas, William I./Thomas, Dorothy Swaine (1928):** The child in America. Behavior problems and programs. New York: Knopf Verlag.
- Ullrich, Carsten G. (2005):** Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

- Vester, Michael (2006):** Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewältigungsstrategien in der Krise des deutschen Sozialmodells. In: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition. 243–292.
- Vogel, Claudia (2009):** Teilzeitbeschäftigung. Ausmaß und Bestimmungsgründe der Erwerbsübergänge von Frauen. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung. Jg. 42. Heft 2. 170–181.
- Wagner, Gert G./Frick, Joachim R./Schupp, Jürgen (2007):** The German Socio-Economic Panel Study (SOEP). Scope, Evolution and Enhancements. In: Schmollers Jahrbuch. Jg. 127. Heft 1. 139–170.
- Wagner, Gert G./Goebel, Jan/Krause, Peter/Pischner, Rainer/Sieber, Ingo (2008):** Das Sozioökonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland. Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv. Jg. 2. Heft 4. 301–328.
- Wagner, Michael/Weiß, Bernd (2003):** Bilanz der deutschen Scheidungsforschung. Versuch einer Meta-Analyse. In: Zeitschrift für Soziologie. Vol. 32. No. 1. 29–49.
- Wiedemuth, Jörg/Dombre, Reinhard (2008):** Regulierung der Zeitarbeit durch Tarifpolitik – eine Zwischenbilanz. In: Bispinck, Reinhard (Hrsg.): Verteilungskämpfe und Modernisierung, aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik. Hamburg: VSA Verlag. 159–181.
- Wingerter, Christian (2009):** Der Wandel der Erwerbsformen und seine Bedeutung für die Einkommenssituation Erwerbstätiger. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 11. 1080–1089.
- de Witte, Hans/Näswall, Katharina (2003):** Objective vs subjective job insecurity: Consequences of temporary work for job satisfaction and organizational commitment in four European countries. In: Economic and Industrial Democracy. Vol. 24. No. 2. 149–188.
- de Witte, Hans (2005):** Job insecurity: Review of the international literature on definitions, prevalence, antecedents and consequences. In: Journal of Industrial Psychology. Vol. 31. No. 4. 1–6.
- Wolf, Elke (2003):** What Hampers Part-Time Work. An Empirical Analysis of Wages, Hours Restrictions and Employment from a Dutch-German Perspective. Heidelberg: Physika Verlag.